

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgepostete Kolonne
jeite oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gesellschaftliche Berichte
und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Donnerstag, den 28. Juni 1900.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Ein Sieg.

Die Waldeburger Wahl hat mit einem glänzenden
Sieg der Socialdemokratie geendet. Das Volkliche Tele-
graphen-Bureau giebt die folgenden Zahlen als Ergebnis der Wahl:

Waldeburg, 27. Juni. Bei der gestrigen Reichstagswahl
erhielten Sachse (Soz.) 13 167, Ritter (Kartell) 11 761
und Feige (fr. Vp.) 1336 Stimmen. Ersterer ist mithin
gewählt.

Unsre Partei erzielte 70 Stimmen mehr als die Gesamt-
stimmengahl der gegnerischen Parteien beträgt. Im ersten
Wahlgang errangen wir den Sieg, während bei den früheren
Wahlen, die günstig für uns verliefen, der Sieg erst
in der Stichwahl erkämpft werden konnte.

Der Sieg ist um so glänzender, als er unter überaus
widrigen Umständen erfochten wurde. Zahlreiche unserer
Wähler sind in den letzten Jahren aus dem Kreise verzogen, um
sich in Westfalen lohnendere Arbeit zu suchen.

Um den Mord.

König, den 25 Juni 1900.

Nichts unterbricht die graue Eintönigkeit der Tage in diesem
schlafenden Landstädtchen. Das Militär ist da, und so lange es da-
bleibt, wird nichts geschehen. Der Feldennut, der zum Einwerfen
von Fenster Scheiben erforderlich ist, hält sich kuglerweise im Raum,
bis wieder die friedliebenden Ortsgenossen, die der königlichen Stimmung
Rechnung tragen und das letzte antisemitische Spektakelstück „gar
nicht so schlimm“ finden, die einzigen bewaffneten Vertreter der
staatlich garantierten Ordnung und Toleranz sind.

Zu der Hoffnung auf materiellen tritt die Ueberzeugung vom
moralischen Erfolge. Es herrscht nur eine Stimme darüber, daß
die angeblich beschlossene Verhaftung des Schlägters Hoffmann
nur durch die Tummel vom 10. Juni verhindert worden sei. Daß
die Staatsgewalt vor dem Volksthor Kapituliert hat, ist zum festen
Glauben in diesem Teil der preussischen Landee geworden.

Arbeit in den Bergwerken geübt hat. Aber darüber hinaus noch
hat diese Wahl eine allgemein politische hohe Be-
deutung.

Seit vielen Monaten spricht man von der Flottenbegeisterung
im Volke, und fabelt davon, die Socialdemokratie, die Feindin des
Flottenwahns und der mobilischen Weltpolitik, habe in dieser Frage die
Massen nicht hinter sich. Niemals war die Situation günstiger
für den Flottenkurs, als gerade in diesen Tagen der erregenden
Nachrichten aus Ostasien und die uns gegnerische frei-
konservative Partei ist die eigentliche Flottenpartei.

Der socialdemokratische Sieg in Waldeburg ist die denkbar
schärfste Verurteilung der von den Gegnern mit Hurra
befürworteten Weltpolitik und ihrer Zwillingsschwester, der
Vrot- und Fleischwucher-Politik.

Der Fremdenkrieg.

Man giebt sich jetzt allgemein keinen Illusionen mehr
hin. Man hat jetzt die Ueberzeugung, daß es sich nicht mehr
um eine kleine Revolte handelt, sondern um einen organi-
sierten, vorbereiteten Freiheitskrieg der
Chinesen gegen die fremden Eindringlinge.

Eigentlich neue und vor allem zuverlässige Meldungen
liegen auch heute nicht vor. Ueber den Truppen-Einzug in
Tientsin laufen bestätigende Meldungen ein, die zugleich
einige unbestätigte Einzelheiten über die vorangegangenen
Kämpfe bringen. Von Admiral Seymour wird berichtet, daß
er in schwerer Bedrängnis sei. Von den Gesandten und
Fremden weiß man immer noch nichts Sicheres. Nach einem
Gerücht sind die Gesandten von den Chinesen als Geißel
ins Innere verschleppt worden, was sicherlich eine
klügere Politik der Voyer wäre als die barbarische
und zwecklose Tötung der Gesandten, zugleich aber auch bewiesen
würde, daß der Voyer-Aufstand nur die Maske eines wohl-
berechneten allgemein-chinesischen Feldzugs wäre.

Mehrfach wird wieder von einer Ausbreitung des Auf-
stands berichtet. Die chinesische Armee unter Lung-Fu-Siang
soll sich, 60 000 Mann stark, den Voyerern angeschlossen haben.
Die Meldungen über eine Vermittler-Rolle Si-Hung-Tchang
und anderer Dilettanten können höchstens als Schachzüge
chinesischer Diplomatie Beachtung beanspruchen, wenn es nicht
auf das Vorhandensein verschiedener Strömungen in der
chinesischen Politik deuten sollte.

Einrichtungen und Mächten. Schon jetzt steht die Autorität der
Justiz in diesen konservativsten Teile Deutschlands auf schwachen
Füßen. Wie oft habe ich in diesen Tagen das Wort gehört: „Die
Juden decken mit ihrem Gelde alles zu. Nichts wird bezahlt alles.“

So unendlich blödsinnig solche Redensarten auch sind, daß
sie gelehrt und zur festen Volksmeinung werden konnten, ist
eine fürchterliche Anklage gegen die preussische Volksbildung.
Die königlichen Volksschulen — die Stadt hat zwei schönklassige Knaben-
und zwei Mädchenschulen — werden in ihren Leistungen dem Durch-
schnitt durchaus entsprechen. Daß in engen, dunklen Räumen 60
bis 70 Kinder zusammengepfercht werden, trifft man ja auch ander-
wärts an. Was aber geben diese Schulen den Kindern an Einsicht
und Kraft fürs Leben mit? Wo die Socialdemokratie und die
Gewerkschaften nicht die Erziehung übernehmen, bleiben die stumpfen,
hilfslosen Heloten sich selbst überlassen, bis sich der Antisemitismus ihrer
bemächtigt und ihrer unklaren Unzufriedenheit ein Ziel giebt. Diese öden,
von der Industrie noch nicht berührten Landstädtchen mit ihrem klein-
bäuerlichen und gutsherrlichen Hinterland werden seine Festungen,
aus denen ihn der schwächliche Liberalismus nicht mehr verdrängen
kann. So hat Krenswalde-Friedeberg Khlwardt gewählt, so wird
König-Luchel Herrn Bruhn in den Reichstag senden, wenn es einmal
gelingen sollte, den polnischen Schlachtfischen zu verdrängen, der jetzt
das Mandat inne hat.

König ist heute bereits eine solche Burg des Antisemitismus. Er
hat sich in der Stadt häuslich niedergelassen und einige staatliche
Funktionen gleich mit übernommen. In der Nordstraße fährt er die
Untersuchung auf eigene Faust und ganz ohne die würdige Un-
nahbarkeit der staatlichen Justiz. Er vernimmt die Zeugen in
rauschigen Hinterzimmern von Brantweinshäusern, er setzt Anklage-
schriften auf, die ein Mann unterzeichnet, gegen den selbst die Vor-
untersuchung noch schwebt, er horcht auf die Mitteilungen,
die ihm über den Verlauf der amtlichen Untersuchung
von irgend woher kommen. Den unsinnigsten Weiberkatsch, die
Schauer geschichten, die Dienstmädchen an den Thüren erhört haben
wollen, nimmt er bereitwillig entgegen und verbreitet ihn. Er hat
Freunde und Zuträger in Beamtenkreisen. Der Vorlaut von
Depeschen, die in König aufgegeben worden sind, wird in der
„Staatsbürger-Zeitung“ veröffentlicht. Und um den kleinen Beamten
Rat zur Pflichtverletzung zu machen, tuschelt er ihnen ins Ohr, daß
der Landrat des Kreises, ein Freiherr von Jellig, materiell an dem

Die Lage Schymours.

Ein neues Telegramm des deutschen Konsuls in Tschifu, das
am Mittwoch früh in Berlin eingetroffen ist, berichtet:

„Admiral Schmour ist 14 Kilometer von Tientsin umzingelt,
62 Tote, 200 Verwundete, sehr bedrängt, verlangt 2000
Mann Gilskorps, die 25. Juni morgens von Tientsin ausrückten
unter russischem Oberkommando.“

Auch aus anderen Quellen wird die große Bedrängnis dieser
Truppen berichtet, dagegen verlautet nichts über etwaige Erfolge
der Truppen, die zu seiner Unterstützung aus Tientsin aus-
gerückt sind.

Die Gesandten als Geißel?

Während auch heute noch Telegramme verbreitet werden, nach
denen sich die Gesandten bei den Truppen Schymours befinden, teilt
die französisch-amtliche „Agence Havas“ mit:

„Der französische Konsul in Shanghai meldet von gestern:
Die Truppen der vereinigten Mächte rücken in Tientsin ein.
Die fremden Gesandten verlassen Peking auf der Nordseite
mit einer chinesischen Eskorte. Man vermutet, dieselben
schlagen die Richtung auf Shan-hai-wuan längs der großen
Mauer ein. Der Konsul fügt hinzu, der Vizekonsul von Nanjing
und der Botschafter Chang-schü-tung hätten ihn beauftragt, der
französischen Regierung die Versicherung zu übermitteln, daß sie
für den Schutz der Missionare und fremden Kaufleute im Haupt-
secklang-Gebiet sorgen. Ein Telegramm des Konsuls in Tschifu
von gestern bestätigt gleichfalls den Entzug Tientsins und die
Abreise der Gesandten von Peking.“

Die natürlichste Deutung dieses Telegramms ist die, daß die
Chinesen die Gesandten in Sicherheit gebracht haben, um sie als
Geißeln zu verwenden.

Die Kämpfe um Tientsin.

Ueberholte Ereignisse berichtet das folgende Telegramm des
russischen Konsuls in Tschifu:

„Laut hierher gelaugter Meldung des russischen Oberoffiziers
entzogen die russischen Landtruppen Tientsin. Dieselben hatten
4 Tote und 20 Verwundete. Kleine Abteilungen der anderen
Mächte rücken in Tientsin zusammen mit russischer Artillerie ein.
Diese Nachricht wird durch die folgende ergänzt:

Die Engländer und Amerikaner rücken in Tientsin ein, nach-
dem die Geschütze des chinesischen Arsenal zum Schweigen gebracht
und die chinesischen Linien durchbrochen waren. Die anderen
fremden Truppenabteilungen folgten unmittelbar dahinter. Verluste
gering.“

Ein Telegramm des Vice-Admirals Negeff an den Kriegs-
minister vom 22. Juni lautet: „Ein Bericht des Oberst Kuissimoff
aus Tientsin vom 19. d. M. bezeichnet die Lage der dortigen Besatzung
als sehr gefährlich. Der Verkehr sei unterbrochen, chinesische Horden hätten
Tientsin umzingelt und beschloßen es mit schweren Geschützen, die
Verluste seien bedeutend, 7 Offiziere und 150 Soldaten seien
tot oder verwundet, ihre Munition für Gewehre und Geschütze sei
knapp; es halte schwer, einen Durchbruch nach Taku zu erzwingen,
zumal als man Frauen, Kinder und verwundete Soldaten mitnehmen
müsse. Die Eisenbahn sei vollständig zerstört. Der Bericht ist mir
durch einen glücklichen Zufall übermittelt worden. General Stessel
sahnte am 20. Juni alle Truppen, die ihm in Taku zur Verfügung
standen, Kuissimoff zur Hilfe und er hoffte am 21. nach der
Landung der Artillerie, unter Hinterlassung einer Besatzung in Taku,
mit seiner übrigen Streitmacht abzurücken zu können. Der Ernst der
Lage zwingt mich, außerordentliche Maßregeln zu treffen und heute

antisemitischen „Königer Tageblatt“ beteiligt sei. Und diese Ver-
leumdung wird gelehrt.

Der erste Bürgermeister von König gefällt ihm nicht. Herr
Debitus hat nicht geihan, was von ihm erwartet wurde, er hat den
Schlächter Leiw nicht sofort als Mörder eingesperrt. Klugs wird er-
mittelt, daß er eine Jüdin zur Frau hat. Er nimmt auf sechs Wochen
Urlaub; sogleich wird versichert: er kommt überhaupt nicht wieder.
Seit die offizielle Untersuchung die Ritualmordfabel beiseite geschoben
zu haben scheint, wird sie mißtrauisch überwachet, werden ihr, wo es
geht, Steine in den Weg geschoben. Ein ganzer Berg halloser,
anonymer Denunziationen hat sich aufgestapelt, und eine Reihe von
Weineidsprozessen bilden das Gefolge der Untersuchung und wird die
an sich schon erschreckend hohe Biffer von Weineiden noch mehr in
die Höhe schmeilen, die schon in ruhigen Zeitaltern Jahr um Jahr
im Bezirk des Oberlandesgerichts Marienwerder zur Aburteilung
gelangt. Die Sucht, die hohe Belohnung, die auf die Entdeckung
des Mörders gesetzt ist, ganz oder teilweise einzufreien, wirkt
verderblich.

Hört man königliche Antisemiten sprechen, so liegt der geheimnis-
volle Mord eigentlich ganz klar, und es ist nur die unverzeihliche
Schwäche der Justiz, wenn die Mörderbände nicht schon längst hinter
Schloß und Riegel sitzt: die Juden brauchen wie alljährlich so auch
in diesem Jahre zu ihren geheimnisvollen Operritualien Christen-
blut. König war diesmal für die Pflanzung des Safts an der Reihe.
Wie zur Subskription auf ein Buch ging ein Zettel unter den Juden
von König und den Nachbarn herum, auf dem sich die Mörder
eingezeichneten. Hin und wieder erhob eine besorgte Frau oder Tochter
Widerpruch gegen den gefährlichen Plan und zwar so laut, daß ihre
warneuden Stimmen von den an den Stubentüren lauschenden
Dienstmädchen gehört werden konnten. Aber es nützte nichts. Eine
der Warnerinnen starb in Berlin eines plötzlichen Todes. Vielleicht
wachte sie zu viel und ist umgebracht worden. Den Juden ist jede
Schandthat ohne weiteres zuzutrauen. Die That wurde also beschlossen.
Nur scheint man eine Zeitlang geschwankt zu haben, wer das Opfer
sein sollte. Ein Knecht, der einem jüdischen Schlächter ein Stief
Feiß bringen sollte, scheint zuerst auserkoren gewesen zu sein. Doch
rettete ihn sein blaßes Aussehen; die Blutmenge, die er liefern
konnte, war wohl zu gering. Dann verfiel man auf Winter. Der
junge Mann wurde vielleicht mit Hilfe einer jüdischen Ge-
liebten an einen dunklen Ort gelockt und dort von der

nacht sofort ein Bataillon des 10. Regiments abzuschicken, ohne das Eintreffen von Truppen aus Vladivostok zu erwarten."

Die Bewegung der Chinesen.

Das deutsche Kanonenboot „Iltis“, welches den Peiho nach Tientsin zu aufwärts gefahren ist, meldet, daß große Abteilungen von Chinesen sich Tongku nähern und daß ein sofortiger Angriff erwartet werde.

Die Ausländer in Tschifu glauben, daß die chinesische Armee unter Tung-Fuh-Siang, welche kürzlich den Bohammedaner-Aufstand unterdrückte, sich jetzt vollständig der Bewegung der Boxer anschließt. Man nimmt an, daß sechsigtausend gut bewaffnete chinesische Soldaten um Peking und Tientsin versammelt sind. — Die chinesischen Offiziere verkünden, daß sie 400 000 Soldaten zur Verfügung hätten. Die Ausländer in China haben den dringenden Wunsch, daß 100 000 Mann europäischer Truppen, davon mindestens 50 000 für Peking, in China zusammengezogen werden; auch sind sie für eine große Flottendemonstration in allen Vertragshäfen, um die in ihrer Haltung schwankenden chinesischen Kaufleute zu beeinflussen. — Diese Meldung spiegelt die große Aufregung, in der sich alle Fremden in China befinden.

Infolge von Berichten von Erfolgen der Chinesen gegenüber den Mächten zeigt sich die Volksmasse in wachsender Erregung. In Tschifu eintreffende Kaufleute berichten, daß in Kuitshwang Boxers in den Straßen exerzieren. Wie sich herausgestellt hat, haben Soldaten des chinesischen Heeres Geschütze und Andrusungsgegenstände an die Boxer verkauft. Der englische Konsul in Fushan hat die Bitte um Entsendung von Kriegsschiffen ausgesprochen.

Wie es heißt, rüden die Chinesen auf Kuitshwang vor.

Ausbreitung des Aufstands.

Nach Berichten aus Seoul zeigt sich eine wachsende feindselige Stimmung gegen die Christen in Korea.

Ferner wird aus Hongkong gemeldet:

Der Dampfer „Sambur“ ist aus Wutshau am Westfluß mit einer Anzahl weiblicher Missionare eingetroffen. Der Kapitän meldet, daß die Chinesen im Augenblick der Einschiffung der Frauen eine fremdenfeindliche Kundgebung veranstalteten, indem sie riefen: „Schlagt alle fremden Teufel tot!“ Die in Wutshau zurückgebliebenen Europäer sind darauf vorbereitet, jeden Augenblick abzuziehen. — In Kweichin dauern die Unruhen fort. Der Wasserstand des West-Flusses ist niedrig und es ist dem englischen Flußdampfer „Sandpiper“ unmöglich, Nan-ning zu erreichen.

Die chinesische Regierung

gibt nur durch zweideutige Kundgebungen von ihrer Existenz Kunde. So haben die Vicelöwne in Nanking Piu und in Wutshang Chang-Hsiung den Doyen der Konsula davon in Kenntnis gesetzt, daß sie die Verantwortung für die Aufrechterhaltung des Friedens in ihren Provinzen übernehmen und daß sie 6 Kriegsschiffe aus Shanghai beordert haben, mit deren Hilfe sie sich erdörtig machen, für die Aufrechterhaltung der Ordnung und den Schutz der Ausländer in ihren Bezirken sich zu verbürgen. Das sind belanglose Ausfreuungen.

Die deutsche Mobilisierung.

Das „Marine-Verordnungsblatt“ veröffentlicht folgende Kabinetts-Ordre, betreffend die Bildung eines Expeditions-Corps nach China:

Ich bestimme: 1. Für die Entsendung nach China ist von meiner Marine ein Expeditions-Corps zu bilden, bestehend aus dem 1. und 2. See-Bataillon, einer fahrenden Feld-Batterie und einem Pionier-Detachement. 2. Dem Befehlshaber des Expeditions-Corps verleihe ich die gerichtsherrlichen und disciplinaren Befugnisse eines Divisions-Commandeurs. 3. Sein Stab besteht aus: einem Stabsoffizier als Chef des Stabs, einem Hauptmann, einem Oberleutnant, einem Ober-Stubbsarzt, einem Ober-Zahlmeister, einem evangelischen und einem katholischen Marineprediger, sowie dem erforderlichen Unterpersonal. 4. Für das 1. und 2. See-Bataillon ist in Kiel und Wilhelmshaven alsbald je ein Ersatz-Bataillon zu bilden. Ausführendbestimmungen erläßt der Staatssekretär des Reichs-Marineamts. 5. Die Instruktion und Abwicklung des Transports liegt der Marinestation der Nordsee ob.

Kiel, am Vord meiner Nacht „Hohenzollern“, den 25. Juni 1900.

Wilhelm.

An den Reichskanzler (Reichs-Marineamt).

Weitere Meldungen siehe letzte Seite Hauptblatt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. Juni.

Welt-Wirren.

Die Politik der gepanzerten Faust hat die natürliche Wirkung, auf allen Seiten gepanzerte Häute zu entzweien. Es sind nicht nur die Häute der Boxer und der chinesischen Soldaten, auch eine andre Faust erhebt sich bereits gegen uns: die Faust Japans. Die gestern von uns veröffentlichte Kundgebung aus

Mörderbande abgeschlachtet. Wie die Scene im einzelnen vor sich gegangen ist, wie es gelungen ist, der kräftigen jungen Wurschen zu überwältigen, zu entkleiden und ihm dann den Schächtschnitt beizubringen, das weiß man nicht. Vielleicht ist er von den Juden hypnotisiert worden, vielleicht kennen die Juden seine Zaubersprüche aus der Kabbala. An dem Körper des Gemordeten sind, soweit seine Stöße gefunden worden sind, keine Verletzungen entdeckt worden, die auf einen vorausgegangenen Kampf schließen ließen. Der chemische Sachverständige hat auch keine Spuren von irgend einem Karbolium entdecken können, das zur vorherigen Betäubung angewandt worden wäre. Aber — wer weiß — vielleicht ist auch er geklaut. Auch über den Ort der That sind die Gelehrten des Antisemitismus geteilter Ansicht. Die einen entscheiden sich für den Keller des Schlächters Lewy, die andern für die Synagoge selber. Beide Vermutungen sind gleich gut, um ein phantastisches Schauergermälde von dem Verlauf der Dinge am Nordabend zu ermöglichen. Die taftesten Antisemiten treten mehr für die Synagoge ein, die unmittelbar in der Nähe der Fundstelle des Rumpfs liegt, und wo ja auch ein Fläschchen angebliches Hühnerblut gefunden worden ist. Die Gemäßigteren glauben mehr an den Leuchters Keller, der ein geeigneter Schauplatz für den Fall ist, daß nicht ein Ritualmord, sondern ein Säuhemord vorliegt. Diese letzte Version gründet sich auf die weit verbreitete Erzählung, daß ein jüdisches Synedrium über Winter zu Gericht gesessen und ihn wegen Verführung eines oder mehrerer jüdischer Mädchen zum Tode verurteilt und hingerichtet habe.

Dieser Rahmweg, diese tolle Ausgeburt des Aberglaubens und der Phantasie schlechter Kolportageromane wird geglaubt. Dafür steht und fällt Königs. Man hält die Verbreitung dieser unflinigen Fabeln so lange für unmöglich, als man nicht den blödsinnigen Bilderbogen „Das Blutgeheimnis“ in der Hand gehabt hat, der großen Abjaß in der Gegend findet. Auf diesem Bilderbogen ist deutlich zu sehen, wie es die Juden treiben. Der Mittelpunkt des im dunklen Brandrot gedruckten Bogens ist eine große Zeichnung, die einen säulengetragenen Saal wohl in dem Hause des Ober-Rabbiners der ganzen Judenheit darstellt. Befagter Rabbiner sitzt mit einem furchtbaren Schächtmesser in der einen und mit einem Fläschchen Blut in der andern Hand an einem Tisch, auf dem sich eine ganze Sammlung derartiger Fläschchen mit Zetteln, die den Ursprungsort nennen, befindet. Er weist einen „Boxer“, der zu seinen Füßen sitzt, in die großen Mysterien ein, die durch ein am

Japan ist in dieser Beziehung höchst lehrreich. Wir erinnerten auch bereits an die Vorgänge von 1895, wie Deutschland sich damals mit Rußland und Frankreich verbündete, um Japan die Siegesbeute seines Krieges mit China abzugeben. Bei früherer Gelegenheit konnten wir nachweisen, wie schon durch jene isopolitische That der gepanzerten Faust die deutsche Industrie und der deutsche Handel geschädigt worden sind. Jetzt kommt, nach dem ökonomischen, der politische Rückschlag. Japan verfügt ohne Zweifel über die weitaus größte Land- und Seemacht in Ostasien, und schlimm würde es sein, lehrte Japan diese Macht gegen Deutschland, in welchem es den Verbündeten seiner Feinde, der Russen, erblickt.

In Rußland bereitet man sich bereits auf alle Eventualitäten vor. Aus einer absolut sicheren Quelle erfahren wir, daß das russische Kriegsministerium an alle zuständigen Behörden telegraphisch und vertraulich den Befehl geschickt hat, alles für die Mobilisierung Notwendige vorzubereiten. Die Ordre ist am 18. und 19. dieses Monats (nach unserem Kalender gerechnet) ergangen.

Die russische Mobilisierung für Sibirien wird schon amtlich bekannt gegeben. Es handelt sich aber um mehr.

Die Lage ist jedenfalls außerordentlich kritisch. In England, in Frankreich tagen die Parlamente und müssen die Regierungen der Volksvertretung Mitteilung über den Stand der Dinge machen. In Deutschland ist der Reichstag geschlossen. Das deutsche Volk erfährt nichts über den Stand der Dinge und wird mit verbundenen Augen im Jergarten der Weltpolitik geführt, an dessen Rand Abgründe starren.

Es ist wahrlich Zeit, daß unser Volk sich der ihm dräuenden Gefahren bewußt werde und von der Regierung Aufschlüsse und Rechenschaft verlangt. —

Wehrpflicht in China.

Die Vorgänge in China haben die dringliche Frage aufgeworfen, ob deutsche Soldaten zur Ableistung der Dienstpflicht in außeruropäische Garnisonen verschiebt und nach dem Belieben des Militärkommandos im überseeischen Kriege verwendet werden dürfen.

Die eifrigen Befürworter der Weltpolitik bejahen diese Frage. Aber ihre Gründe sind nicht stichhaltig. Die „Welt. Revue. Nachr.“ berufen sich auf Artikel 3 der Reichsverfassung, wonach alle Deutschen dem Auslande gegenüber gleichmäßig Anspruch auf den Schutz des Reichs haben sollen. Dieser Verfassungsgrundsatz bedingt aber selbstverständlich noch keineswegs, daß die Regierung das Recht habe, einseitig zu bestimmen, in welcher Weise der Schutz des Reichs erfolgen solle. Zwar hat der Kaiser unter Zustimmung des Bundesrats das Recht der Kriegserklärung, aber der Reichstag ist dadurch nicht zu völliger Einspruchslosigkeit verurteilt. Er hat das Recht der Bewilligung oder Verweigerung der erforderlichen werdenden Gelder.

Hieron aber abgesehen ist zweifelsohne durch die neueste Phase der deutschen auswärtigen Politik, durch die „Weltpolitik“ die ganze Frage in ein neues Stadium eingetreten. Als die Bestimmungen über die Wehrpflicht Gesetz wurden, war von Erwerbungen in fernem Jonen und überseeischen Gewässern natürlich keine Rede. Für die heutigen Verhältnisse passen diese Bestimmungen nicht mehr.

Leider hat der Reichstag sich jüngst mit einer überaus schwächlichen Resolution begnügt, in welcher der Regierung empfohlen wird, „ähnlich“ die nach China bestimmten Truppenkörper aus Freiwilligen zusammenzusetzen. So hat die Militärbehörde jetzt Freiwillige aufgeboden, aber es gehen auch Truppenteile nach Ostasien, deren Angehörige nicht befragt worden sind, ob sie bereit sind, in die Ferne zu gehen, um auf chinesischem Boden ihr Leben daranzusetzen.

Wenn die Weltpolitik sich weiter wie in den letzten Jahren entwickelt, dann könnten bald einige Zehntausend deutscher Soldaten nötig sein zur dauernden Besetzung von festen Plätzen in Ostasien und gegen etwaige Kriegsgefahren. Solche Ausfahrten rufen in den weitesten Kreisen des deutschen Volks größte Bedenken und Besorgnisse hervor, die durch die klimatisch ungünstigen Verhältnisse in Kiantshou noch verstärkt werden. —

Deutsches Reich.

Die Furcht vor der Verantwortung.

Die Presse, die eben noch in weltpolitischen, wild lürrenden Phantasien und Prahlereien schwamm, zeigt sich jetzt, wo den Worten der Ernst folgt, außerordentlich gedudt. Als in den achtziger Jahren in Frankreich Ferny den mit furchtbaren Opfern an Blut und Gut unter-

Woden liegendes, mit dem obligaten Schächtschnitt versehenes totes Christenkind verdeutlicht sind. In der einen Ecke steht der Schächtschnitt aller Juden, Gottfried Ephraim Lessing, auf einem Postament und sieht sich die Sache mit zufriedener Lächeln mit an. Als Symbol für die jüdische Weltmacht steht rechts eine offene Edelsteinlade, die als „Depot der Fürsten“ bezeichnet wird, während links eine mächtige Gelbtrube sichtbar wird, die den „Socialdemokratischen Fonds“ enthält. Einige Bilder stehen und liegen umher, auf deren Rücken man „Talmud“ und „Schulchan Aruch“ lesen kann und an der Wand hängt eine „Proscriptionsliste der Antisemiten“; als erster steht noch Alshwardt neben Stöder darauf, während Bruhn und Liebermann von Sonnenberg gar nicht genannt sind. Das ist der einzige Fehler in dem stummen Bild, das von einer Liste sämtlicher Ritualmorde seit dem 18. Jahrhundert und von kleinen Edelsteinern umgeben ist, die den Raub von Christenkindern durch Juden und mittelalterliche Judenverbreunungen darstellen. Nur insofern ist das Mittelalter ein wenig modernisiert, als man in den Straßen des mittelalterlichen Berlin bereits Firmenchilder wie „Erster Schuhwaren-Bazar“ und „Leihhaus“ lesen kann. So hat der Künstler auch für die Schwachen im Geiste georgt.

Ich habe diesen Bilderbogen so ausführlich geschildert, weil er mir in seiner Klarheit und Roheit dem geistigen Zustand, in dem sich heute Kreise der königlichen Bevölkerung befinden, am besten zu entsprechen scheint. Dieser Roheit begegnet man in allen Gesprächen. So ist die Säuhemordfabel auf die Formel gebracht: „Er (Winter) hat die Judenschüssel treis gemacht, und da haben sie ihn...“ Folgt die Handbewegung nach der Kehle. Größeren Eindruck machte folgende Erzählung eines glücklichen Vaters auf mich: „Vor vier Wochen ist meine Frau niedergebommen. Na, wir wohnen etwas eng in einem alten Hause. Da sagte unsre Nachbarin, eine Jüdin, die noch gelegentlich zu uns kommt und mit der wir früher freundschaftlich verkehrten, zu meiner Frau, sie solle doch nachmittags in ihren schönen, sonnigen Garten kommen und sich dort erholen. Meine kleine, siebenjährige Tochter hört das mit an, und wissen Sie, was das Kind rnt?: In Deinen Garten sollen wir kommen? Nicht wahr, damit Ihr alle läse macht und uns abschlächtet! — Ja, das Kind ist sehr hell für sein Alter.“ — Es war ein sogenannter Gebildeter, der mir das im behaglichen Tone erzählte. —

Ich habe es bisher unternlassen, ein Urteil über den Mord selber zu äußern. Zur Begründung einer festen Ansicht fehlt dem Kirchenstehenden das Material. Ich neige zu der Vermutung, daß es

haltenen Abenteuer-Feldzug in Tonkin begann, war die öffentliche Meinung in Deutschland einzig über die verbrecherische Mordthat solcher Gloire-Politik. Und unsre Chauvinisten äußerten damals ihre Schandenfreude über den durch seine eitle Ruhnsucht an den Rand des Abgrunds geführten Erbfeind.

Zwischen sind wir ja selbst solche Gloire-Politiker geworden, nur daß wir uns Weltpolitiker nennen. Doch zeigen sich die Helben unsrer Weltpolitik äußerst klein, nachdem sie die Folgen ihrer Handlungen spüren. Man ist so verzagt, daß man nicht einmal die Socialdemokratie in der üblichen Weise zu beschimpfen mag, daß sie, die diese Weltpolitik erbittert bekämpft hat und die Folgen vorausgesagt hat, nun „vaterlandslos“ fortfährt, die Wahrheit zu sagen.

Kur die „Münchener Allgemeine Zeitung“ hat den kläglich mihlungenen Versuch unternommen, unsre Haltung zu schmähern. Wir haben gebührend geantwortet, und das Blatt versucht jetzt eine Antwort, in der sich künstlich die literarischen Erinnerungen eines erregten Gymnasiallehrers wunderbar komisch austoben. In den ersten drei Vierteln ihres langen Artikels beklagt sich die „Münchener Allg. Ztg.“ über die „Freiheit“ des „Vorwärts“, daß er seine Kritik nicht gegen den Kaiser, sondern gegen die verantwortliche Regierung gerichtet hat. Wir haben jetzt nicht einmal mehr die christliche Offenheit Richards III., wenn wir uns vaterlandsfeindliches, auf Vergiftung der öffentlichen Meinung zielendes Handwerk betreiben. Wenn wir erst auf dem Wort von der gepanzerten Faust unermüdlich herumreiten, und dann uns gegen die verfassungsmäßig verantwortliche Regierung wenden, so „krähen“ wir, so spielen wir den Einfältigen und Harmlosen, anstatt offen zu erklären, daß wir Republikaner seien und den Thron unterminieren wollen. Hätten wir das gethan, dann wäre das Münchener Blatt so glütig gewesen, zwar unser Verhalten

„nach wie vor als vaterlandsfeindlich zu brandmarken, immerhin aber wäre das manhaft gesprochen gewesen, während das jetzige Ausweichen des socialdemokratischen Centralorgans allzusehr nur an das Gebahren jener erappten Wissethäter erinnert, die alles leugnen und den Gegenbeweis erwarten, oder an das Treiben solcher unreifen Durschen, die hinter der Hecke hervor mit Steinen werfen, sobald man sie jedoch beim Ohr nimmt, es entweder nicht gewesen sein, oder sich bei ihrem Steinwurf doch nichts Arges gedacht haben wollen.“

Wir können und wollen die „Münchener Allgemeine Zeitung“ nicht hindern, wenn es ihr Vergnügen bereitet, dem Kaiser die ganze Verantwortung für die jetzigen Ereignisse aufzubürden, obwohl uns Republikanern es scheinen will, als ob überzeuge Monarchisten damit ihrer Sache keinen großen Dienst erweisen. Wir hingegen ehren die Verfassung, wir rechnen damit, daß der Kaiser verfassungsmäßig nicht verantwortlich zu machen ist, und daß wir deshalb die Regierung verantwortlich machen müssen, die bereit ist, die den kaiserlichen Worten entsprechende Politik der gepanzerten Faust zu decken. Andererseits ist es natürlich, daß die Chinesen, die keine Verfassung kennen, sich naiv lediglich an die Worte des deutschen Kaisers halten, in dessen Person für sie der Begriff einer deutschen Regierung sich erschöpfen muß, zumal sie von dem persönlichen Hervortreten Wilhelms II. offenbar eben so viel gehört, wie sie wenig von der deutschen Regierung vernommen haben dürften. Daher ist es auch ganz selbstverständlich, daß, wenn man die Stimmungen und die jetzigen Handlungen der Chinesen verstehen will, man in ihrem Sinn an das rednerisch behandelte Programm des deutschen Kaisers erinnern muß!

Wenn die „Münchener Allgemeine Zeitung“ so mutig ist, in dieser Hinsicht chinesisches zu denken, so bleibt ihr das unverwehrt. Nur gestatte sie uns, so frei zu sein, in Hinsicht der deutschen Politik, für die das chinesisches Volk ja den Kaiser verantwortlich machen mag, unversehens uns an die verfassungsmäßig allein zur Verantwortung zu ziehende Regierung zu wenden.

Indessen die „Münchener Allgemeine Zeitung“ macht ihren eignen chinesischen Mut wieder sofort dadurch zu Schanden, daß sie zwar dem Kaiser die Verantwortung im allgemeinen zuschiebt, in diesem Falle aber Leugnet, daß auf „seiner“ Politik die jetzigen Ereignisse zurückzuführen sind, die wir jetzt beobachten. Wir hatten uns auf das unbedachtige Zeugnis des Bischofs Anzer, des Leiters der Missionen in China, berufen, der klipp und klar ausgeführt hat, daß die Verfolgungen der Missionare in ihrem „ersten und bedeutendsten“ Grunde veranlaßt seien durch die Verletzung Kiantshous. Die gebildeten Chinesen hätten auf tiefste Belegenheit empfinden und selbstverständlich seitdem auf eine geeignete Belegenheit zur Rache gesonnen. Und die ungebildeten Chinesen machten dann alle Europäer, auch die nichtdeutschen, etwa österreichischen, Missionare für jene Eroberungspolitik verantwortlich.

Die „Münchener Allgemeine Zeitung“ wagt nun allerdings nicht, die Ausführungen Anzers im Wortlaut mitzuteilen; sie begnügt sich mit einem kleinen zusammenhanglosen Citat, aus dem der Sinn nicht ganz klar zu ersehen ist. Aber selbst wer nur dieses Citat liest, mit dem die „Münch. Allg. Ztg.“ zu entweichen sucht, muß über die plumpe Frechheit staunen, mit der das Blatt den Sinn zu fälschen bemüht ist, indem es bemerkt:

„Nach diesen Anzerischen Zeugnisse hat weder das kaiserliche Wort von der gepanzerten Faust, noch auch die Inbesitznahme von Kiantshou, oder sonst eine diplomatische, beziehungsweise

sich bei dem Mord um den individuellen Rauehalt eines beleidigten Gatten oder Vaters handelt, der im Jähzorn den erappten Liebhaber niederschlug und den Leichnam zerstückelte, um die Theile getrennt und unauffällig fortzuschleppen zu können. Sieht man die Photographie des Getöteten, so begreift man, daß er Frauen gefallen konnte. Und er stand ja auch in dem Auf.

Daß die Untersuchung noch zu einem Ergebnis führen wird, jezt, wo beinahe vier Monate seit der That vergangen sind, wagt man kaum noch zu hoffen. Die Unterlassungssünden, die in den ersten Tagen begangen worden sind, können nicht mehr gut gemacht werden. König ist nicht so groß, daß nicht eine gründliche Durchsuchung aller Häuser nach den fehlenden Leichenteilen möglich gewesen wäre. Aber man hatte ja die Paktelwaunde, in die der obere Teil des Rumpfes eingnäht war, und als man festgestellt hatte, von welchem Schneidermeister sie stammte, glaubte man schon die Hand auf den Mörder gelegt zu haben. Daneben ging vom ersten Tag ab die amtliche Untersuchung, ob ein Ritualmord vorliegt. Die Synagoge liegt in unmittelbarer Nähe des Fundorts, also wurde dort geforscht. Aber jeder Gegenstand, der in den Wänden geworfen wird, muß in der Nähe der Synagoge gefunden werden, denn sie liegt durch einen später verbrannten und jezt wieder hergestellten Bretterzaun getrennt an dem einzigen Zugangsweg von der Stadt aus zum See. Diese ersten Schritte der amtlichen Untersuchung, bei der u. a. auch das Dienstmädchen des Rabbiners gefragt worden sein soll, ob diesem eine solche That zuzutrauen sei, haben die antisemitische Strömung mitgefördert. Seit vielen Wochen beschäftigen sich jezt Berliner Kriminalisten mit der Lösung des Rätsels. Ich wünsche den Herren vollen Erfolg, wüßte mich aber doch, wie die Berliner Kriminalpolizei in der Provinz eigentlich in den Auf gekommen ist, sie könne Kapitalverbrechen entdecken. —

Ich nehme Abschied von dem Städtchen. Das Scheiden wird einem nicht schwer. Selbst die nicht verdöhten Offiziere schenken sich nach der Weltstadt Grandenz zurück. Aber sie müssen bleiben und richten sich für längeres Weiben ein. Die Verheirateten unter ihnen haben ihre Frauen nachkommen lassen.

Ich will nicht undankbar sein. Ein menschliches Wort nehme ich doch aus Königs mit. Es steht über dem Eingang zum jüdischen Trauerader und lautet: „Der Gedanke unsrer Richtigkeit und Vergänglichkeit — das Bild unsrer Gleichheit und Brüderlichkeit.“ In Namenshöhe aber war darunter an die Mauer geschrieben: Depp! Depp!

militärisch-maritime Aktion, sei es von deutscher, sei es von anderer Seite, den Ausbruch zum Ausbruch des Bozer-Aufstands gegeben, sondern im allgemeinen das Risikovermögen der Chinesen mit der Ausdehnung des westlichen Einflusses in ihrem nicht mehr durch unübersteigbare Schranken abgeschlossenen Reich. Dieses Risikovermögen richtet sich auch keineswegs in erster Linie gegen die fremde Diplomatie oder die fremden Garnisonen, sondern gegen die Missionare, deren Tätigkeit das Eindringen abendländischer Geistes und abendländischer Unternehmungen in das Herrschaftsgebiet des Sohnes des Himmels nach sich gezogen habe.

In der That, einen solchen Schwindel bekämpfe selbst die „Post“ nicht fertig, wie dies vornehme Münchener Blatt. Die ganzen Ausführungen Ankers sind dem Nachweis gewidmet, daß der Haß der Chinesen gegen die Missionare nichts Ursprüngliches, sondern erst durch die Belegung von Kiautschow veranlaßt sei, worauf die ungebildeten Chinesen jeden Europäer mit der deutschen Aktion identifizierten — was dann den Aufstand gegen alle Fremden erklärt — und die „Münchener Allgemeine Zeitung“ hat den Mut, darin den Beweis zu sehen, daß die Politik der deutschen Faust nicht die Schuld trage. Die Fälschung ist nicht einmal abgefeimt, sie ist elende Stümpererei.

Aber dieser Versuch, die Schuld von Deutschland abzuwälzen, enthält zugleich eine schwere Beleidigung für die gegenwärtige deutsche Regierung, die sicherlich nicht davor zurückzureden würde, die Verantwortung für die notwendigen Folgen ihrer früheren Handlungen zu tragen, wie es das offiziöse bediente Blatt in ihrem Namen thut. Ja, eigentlich nicht einmal in ihrem, der Regierung, Namen, sondern im Namen des Kaisers! Hat die „Münchener Allgemeine Zeitung“ denn gar kein Gefühl dafür, daß sie — bei ihrer Anschauung von der Verantwortlichkeit des Kaisers — durch ihre Fälschung vor der Verantwortung die Person des Monarchen selbst in den unerbittlichen Verdacht bringt, daß auch er nicht geneigt sein möchte, für seine Thaten und ihre notwendigen Wirkungen einzustehen? —

Der „jüngste Fall von Streikterrorismus“

mit dem die „Post“ einen bösen Reinsfall erlebte, wird auch ferner von dem genannten Blatt und der übrigen Scharfmaacherpresse weidlich auszuflachten versucht. Hat nicht, dem Halleischen „Vollblatt“ entnommene Kennzeichnung des entlassenen Wüstemann auch den Ton der „Post“ etwas gedämpft, so giebt sie es doch noch nicht auf, aus dem Vorkommnis Kapital für ein neues Justizgangsgeleitz zu schlagen. Die Angaben des „Vollblatt“ seien „unkontrollierbar“. Hebrigens stehe in dem Schreiben des Betriebsleiters nur, daß die Arbeiter Stellung gegen Wüstemann genommen hätten, weil er bei früheren Streiks als Arbeitswilliger fungiert habe. „Demnach“ ist nach der „Post“ dem Betriebsleiter von den übrigen Verleumdungen des W. nichts bekannt geworden. Warum „demnach“? Kann Herr Prinzler diese Umstände in dem Schreiben nicht verschwiegen haben — vielleicht absichtlich? Aus dem Bericht des Halleischen „Vollblatt“, den wir nicht in seinem vollen Umfange zum Abdruck gebracht haben, geht in der That hervor, daß der Betriebsleiter auch von den andern Gründen der Arbeiter durch deren Deputation erfahren hat. Es heißt dort: „Betriebsleiter Prinzler sagte natürlich, er habe nicht gewußt, was für ein Reich der W. ist.“ Daraus geht hervor, daß die Deputation, welche die Entlassung des W. forderte, auch die moralische Qualifikation des W. mit ins Feld geführt hat.

Gab die Firma dies in dem Schreiben nicht mit an, so hatte sie jedenfalls ihre Gründe; Gründe, die vielleicht bei den Scharfmachern sehr viel Verständnis finden werden. Jedenfalls ist es bemerkenswert, daß in dem Schreiben ganz überflüssigerweise die vollen Namen und die Berufsart der vier Delegierten der Arbeiterschaft angegeben sind. Von den Arbeitern selbst wird übrigens bezweifelt, daß W. das Empfehlungsschreiben aus eigenem Antriebe verlangt habe.

Neben der „Post“ nimmt auch die „Kreuzzeitung“ und das „Kreuz-Organ“ Stellung zu der Angelegenheit, selbstverständlich auch diese im Sinne der Scharfmacherei. Der „Kreuzzeitung“, die über den Fall leitartikelt, ehe sie Kenntnis von den Darlegungen des „Vollblatt“ hatte, wird die Ehre zu teil, von der „Post“ zum großen Teil abgedruckt zu werden. Die „Post“ findet, daß das „liberale“ Blatt „aus dem Standpunkt“ vertritt, den auch sie einnehme. Während die „Post“ „Jg.“ in Abendblatt unsere Ausführungen nachholt und sich bereits in der Rückzugsanstalt befindet, bringt des „Berliner Tagbl.“ noch in der Abendausgabe wohl das Schreiben des Betriebsleiters und jammert über den „Parteiunabhängigkeit der Socialdemokratie“, läßt aber die Kenntnisse der Arbeiter ganz unberührt.

Die „Germania“ erkennt an, daß, falls die Darstellung des „Vollbl.“ richtig ist — und daran ist nicht zu zweifeln —, man es ehrlichen und anständigen Arbeitern nicht verargen könne, wenn sie es ablehnen, mit einem solchen Menschen gemeinsam zu wirken.

Die „Germania“ verlangt aber trotzdem von uns in kategorischem Tone eine Antwort auf die „principielle Frage“: „Ist es ein berechtigtes Verlangen der Arbeiter, die Entlassung eines andern Arbeiters lediglich deshalb, weil derselbe bei einem früheren Streik als Arbeitswilliger sich mißlieblich gemacht hat, zu verlangen?“

Das ist eine ganz thörichte Frage. Es ist ganz unmöglich, alle Fälle von „Arbeitswilligkeit“ scharfloshaft zu behandeln. Im allgemeinen pflegen die Arbeiter nach Friedensschluß alles Vorgegangene der Vergangenheit zu übergeben. Wir können aber die Neugier des Centriumsblatts nicht soweit befriedigen, ob nicht alle Fälle denkbar sind, in denen die Arbeitswilligkeit so bösdartig in die Erscheinung trat, daß ein Zusammenarbeiten mit dem Treger der Solidarität ausgeschlossen erscheint. Das Urteil der anständigen Leute hat die Entscheidung.

Das Wahlrecht des Geldsacks führt zu Folgen, die den Wohlstandselenden selbst nicht behagen. Landtagswählern in Bahr, Regierungsbezirk Stettin, war verwehrt worden, in der Wählerliste die Steuerveranlagung anderer Wähler einzusetzen, weil diese Einkünfte gegen die Geheimhaltung der Steuerveranlagungen verstoße; es wurde ihnen nur gestattet, den eigenen Namen und die eigene Steuerveranlagung einzusetzen. Das Oberverwaltungsgericht hat nun in dieser Frage folgende Entscheidung gefällt:

„In den Wählern, welche die Liste einsehen wollten, die mir bezüglich ihres eigenen Namens gestattet und ihnen jede weitere Einsicht abgelehnt worden, so hat der betreffende Beamte ungewissheit ein Verfahren beobachtet, das die Zwecke, die mit der Offenlegung verbunden sind, vereitelt. Die Liste muß auch über die steuerlichen Verhältnisse der einzelnen Bürger Auskunft geben, und es ist nicht gestattet, im Hinblick auf Bestimmungen der Steuererlasse die Offenlegung der Liste zu verkümmern. Insbesondere darf die Kenntnisnahme der eingetragenen Steuerbeiträge denen, welche Einsicht in die Liste nehmen wollen und dürfen, nicht verweigert werden. Das Recht auf Kenntnisnahme von dem Inhalt der Liste der stimmungsfähigen Bürger hat durch die auf die Geheimhaltung der Verhältnisse der Steuerpflichtigen abzielenden Vorschriften des Einkommensteuer-Gesetzes vom 24. Juni 1891 keine Einschränkung erfahren. Ein Verfahren, wie es im vorliegenden Fall beobachtet worden ist, hat die Ungültigkeit der Wahlen zur Folge, da es an der eine Voraussetzung für die Gültigkeit der Wahlen bildenden gesetzmäßigen Auflegung der Liste fehlt.“

Es giebt für die wohlhabenden Steuerzahler ein einfaches Mittel, dem Verfall ihrer Vermögensverhältnisse zu entgehen. Man befreit nur das unfruchtbare Dreifachsystem, führe das gleiche Wahlrecht ein und in keiner Wählerliste braucht dem Namen des Wählers der Steuerbetrag, den er zahlt, beigefügt werden. —

Kandidatenwahl bei den Antisemiten. Im Wahlkreis Bielefeld-Hofgeismar ist als antisemitischer Kandidat, wie bereits mitgeteilt, ein Fabrikbesitzer Rudolf Vogel aus Oberweiler bei Badenweiler aufgestellt worden. Ein Bericht der „Deutschen Wacht“ läßt einen Blick thun in die Art, wie bei den Antisemiten Kandidaten „gemacht“ werden. In der Versammlung, die Herrn Vogel zu einer antisemitischen Volksvertreter-Kandidatur verhalf, waren nach diesem Bericht „etwa 20 Vertrauensmänner“ anwesend, darunter die Abgeordneten Liebermann v. Sonnenberg und Werner, der Geschäftsführer der Partei Dr. Giese und der Kandidat Herr Vogel selber. Einer der Anwesenden ging vor der Abstimmung noch weg, ein anderer enthielt sich der Abstimmung.

Herr Vogel ist also von etwa einem guten Duzend Parteiführern zum Kandidaten gemacht worden und jetzt, nachdem der Kandidat proklamiert ist, liegen sich die Führer obendrein noch in den Haaren bedwegen. Die „Deutsche Wacht“ erklärt nämlich jetzt, daß sie diese von Herrn v. Liebermann betriebene „Aufstellung“ bedauert und daß für sie jede Empfehlung der Kandidatur ausgeschlossen sei.

Im Jahre 1894 veröffentlichte nämlich Herr Vogel in den deutsch-socialen Blättern, auch einem antisemitischen Blatt, verschiedene Artikel, in denen ein Herr Welder, damals Redacteur der „Deutschen Wacht“ und Reichstagskandidat der Antisemiten im Jahre 1898, der ehrenrührigsten Dinge bezichtigt wurde. Das hat zwar Herrn Welder in der antisemitischen Partei keinen Abbruch gethan, aber auch Herr Vogel hat seine Freunde behalten.

Man kann sich nun noch auf ein kleines Zwischenspiel gefaßt machen, wobei sich hoffentlich Zimmermann-Welder auf der einen und Liebermann-Vogel auf der andern Seite nicht zuviel Zwang anthun. Den antisemitischen Wählern wird es übrigens nichts thun, welche von beiden Gruppen schließlich als Sieger auf dem Kandidaten-Kampffeld zurückbleibt; sie haben ja doch nichts dazu zu sagen. —

Wie man Socialdemokraten züchtet!

Die „Post“ hat sich kürzlich den Kopf der Socialdemokratie zerbrochen und erörtert, wie diese es anfängt, nach und nach alle Verlehrbarbeiter und schließlich das Heer und die Marine für ihre Ideen zu gewinnen. Das Organ des Herrn von Stumm geht durchaus nicht fehl in der Annahme, daß die Socialdemokratie alle Arbeiter zu gewinnen trachtet. In diesem Bestreben findet sie reichliche Unterstützung bei der Regierung und den herrschenden Parteien. Recht drastisch zeigt sich das wieder an der Beurteilung, welche die Vorschläge der Kommission für Arbeiterstatistik bezüglich des **Arbeiterbeschlusses im Gastwirts-Gewerbe** seitens der betreffenden Arbeiterkategorie erfahren.

Jetzt sind es genau zehn Jahre, seitdem der damalige Minister v. Verlepsch auf Anregung socialdemokratischer Redner im Reichstag erklärte, daß die Lage der Gastwirtsgehilfen eine Besserung dringend heische und daß diese durch ein Specialgesetz herbeigeführt werden solle. Sieben Jahre lang haben dann die statistischen Erhebungen seitens der Kommission für Arbeiterstatistik gebauert, Berge von Material, das geradezu ungeheuerliche Zustände in diesem Gewerbe feststellte, wurden zusammengetragen. Jeder, der das Material näher prüfte, mußte erwarten, daß die Kommission, auf deren Urteil die Regierung sich natürlich stützt, tiefgreifende Vorschläge zu Gunsten der über 1/2 Million zählenden Arbeiterkategorie machen werde.

Auch die Angestellten selbst hofften dies natürlich; hatten sie doch äußerst bescheidene Wünsche gestellt und so warteten sie geduldig sieben lange Jahre. Was die Vorschläge der Kommission bringen, das haben wir schon mitgeteilt; diese letzte socialpolitische That wird am besten gekennzeichnet durch den Vorschlag einer Ruhezeit von acht Stunden. Mit diesen Worten gesagt, heißt dies eine Arbeitszeit von 16 Stunden. Mit diesem „Fortschritt“ sollen aber auch nur die Kellner, Köche, Köchinnen und Mansells begnadet werden.

Wie sehr diese Art von Socialreform selbst in den Kreisen der äußerst anpruchsvollen gastwirtschaftlichen Arbeiter erbittert, davon hier eine Probe. Die „Hotel Revue“, das Organ eines sehr „patriotischen“ Kellnerverbandes, schreibt:

„Man aber keine Schöpfung mehr! Wenn sich diese Kommission, die im Laufe der Jahre vollständig verändert zu sein scheint, zu weiter nichts aufschwimmen konnte, als zu so kümmerlichen Vorschlägen, und diese trotz des Kongress-Berichts, der ihr also vorgelegen hat, auch noch bestätigte, so soll sie sich mit ihrer ganzen socialpolitischen Puscharbeit begraben lassen. Man bietet uns **Streichholz Brot**. Aber wir werden die Antwort nicht schuldig bleiben.“

Bei dieser Sachlage verzichten wir vollständig auf eine Besserung der Verhältnisse auf dem Wege der Verordnung durch den Bundesrat, von dem ebensovornig zu erhoffen ist, als von der hiesigen Kommission. Wir werden vielmehr auf das vom Minister v. Verlepsch verprochene Specialgesetz dringen und erwarten vom Reichstag eine andere, unseren Forderungen günstigere Haltung.

Und diese Hoffnung ist nicht ausichtslos. Wir wissen aus guter Quelle, daß den Wünschen der Gastwirts-Gehilfen außer der socialdemokratischen Forderung auch die Nationalliberalen und Konservativen, vielleicht auch die Freisinnigen geneigt sind, daß wir also eine Mehrheit für uns haben werden. Dagegen ist auf das Centrum wahrscheinlich nicht zu rechnen; der Münsterische katholische Professor, Abg. Dr. Giese, muß es übel vermerkt haben, daß der von katholischen Kaplänen in Aida a. Rh. begründete Kellnerverband mangels Teilnahme so bald wieder entlichsel und die Erwartungen des Centrums täuschte. Dieser biedere Volksbeglückler scheint nun am Kellnerstand Vergeltung üben zu wollen. Sonst hätte er als Notador der Kommission in Gemeinschaft mit Volkstheurer die Beschlüsse der Kommission sicher in kellerfreundlichem Sinne beeinflusst.

Wir werden den Mut nicht sinken lassen; wir appellieren an den gesunden Sinn des Reichstags, daß er über die Beschlüsse der Kommission zur Tagesordnung übergehe und ein Gesetz im Sinne der Gehilfenschaft schaffe. Wir appellieren an das Mißgefühl des ganzen deutschen Volks, von dem die Gastwirtsgehilfen einen so großen, nicht unwichtigen Teil bilden, mit dem fast jedermann beständig in nähere Berührung kommt. Wir appellieren an die Mißbilligung der mächtigen Tagespresse, daß sie uns ihren Schutz in der Stunde der Entscheidung nicht verweigere. Wir appellieren an das Gerechtigkeitsgefühl der ganzen gestimmten Welt, die mit sicherem Instinkt herausfühlen muß, welches schwere Unrecht einer einzelnen Bevölkerungskategorie zugefügt werden soll. Wir appellieren endlich an das Ständegedühl der deutschen Gehilfenschaft im Gastwirtsgebetriebe selbst, daß sie sich solcher **Skabenverordnung**, wie vorgeschlagen, nicht ohne Kampf füge und mit und zu jedem Opfer bereit sei, das herbe Schicksal vollständiger Anrechtlosigkeit und socialen Todes, das ihr von jener nichtsnutzigen Kommission zugebracht ist, abwenden zu helfen.“

So das Kellner-Nachblatt, dessen Redacteur sich sonst sonst patriotischen und monarchischen Gesinnung sehr zu rühmen pflegt. Aber das „Gift der Unzufriedenheit“ schleicht überall um. Wo es der Socialdemokratie, wie hier, wegen der patriarchalischen Arbeitsverhältnisse etwas schwer wird, Eingang zu finden, führt die Regierung und die herrschenden Parteien die Waffe der Arbeiter ihr zu.

Ausland.

Das italienische Regierungsprogramm.

In der Deputiertenkammer verlas Ministerpräsident Saracco eine Erklärung des Ministeriums. Sie fordert die Deputierten auf, ihrerseits dabei mitzuwirken; daß die parlamentarischen Arbeiten in ruhiger Weise vor sich gehen, damit man hierdurch dem Lande diejenigen Wohlthaten sichere, auf welche es Anspruch hat. Die verschiedenartigen Strömungen, welche den modernen Geist bewegen, erzeugten unvernünftige Wünsche. Inmitten dieser Träume habe die

große Mehrheit des Landes und das Parlament eine unerschütterliche Grundlage in ihrem Vertrauen zu den freien Einrichtungen. „Dieses Vertrauen allein“, so fährt die Erklärung fort, „hat uns veranlaßt, uns unter den gegenwärtigen Verhältnissen in den Dienst des Königs und des Vaterlands zu stellen. Es ist nicht der Moment, große Programme aufzustellen. Die Wirtschaftspolitik des Landes, die Organisation der Justiz, der Verwaltung, der Finanzen, der Schule und des Heeres werden Gegenstand von Reformen seitens der Regierung und des Parlaments bilden. Wir sind fest überzeugt, daß die Unzufriedenheit im Volke auf die wirtschaftliche Nothlage zurückzuführen ist. Unsere erste Pflicht wird sein, dem Parlament Maßregeln vorzuschlagen, um wenigstens teilweise den wirtschaftlichen Nothstand zu verringern. Später werden wir dann nach eingehenden Studien unser Programm wichtiger Reformen darlegen. Die Regierung wird niemals allzu weitgehende Versprechungen machen, aber die Zeit ist gekommen, durch Thaten zu zeigen, daß wir die Nothwendigkeit einsehen, die Gefahren einer Sachlage zu vermeiden, welche in einem gewissen Augenblick bedrohlich werden könnte.“

In der Eile müssen wir uns jetzt darauf beschränken, von der Kammer zu verlangen, daß sie vorläufig dem Budget ihre Zustimmung gebe sowie dringenden Maßregeln, um den regelmäßigen Gang der Verwaltung zu sichern, und ferner dafür Sorge zu tragen, daß das Parlament wieder in normaler Weise arbeite. So wie wir von der größten Hochachtung für die Majestät der Volksvertretung erfüllt sind, verlangen wir auch von allen Parteien die gleiche gegenseitige Achtung, und daß man wieder sich die Wahrung in der Haltung und im Ausdruck zu eigen mache, welche immer der Rednertribüne in der italienischen Kammer zum Ruhme gereichten.

Wir werden eifrig darauf bedacht sein, den öffentlichen Kredit intakt zu halten, das Gleichgewicht des Budgets zu befestigen, die wirtschaftlichen Kräfte des Landes weiter zu entwickeln und jeder Unordnung durch eine fleißige und energische Verwaltung vorzubeugen. Gestützt auf ihr Vertrauen, fest in dem Beschluß, uns nicht von den guten, gesunden Regeln des konstitutionellen Parlamentarismus zu entfernen, werden wir die ganze und volle Verantwortlichkeit auf uns nehmen.

Am Schluß seiner Ausführungen sagt Saracco, sein langes und bescheidenes Leben näherte sich seinem Ende, er sei daher frei von Ehrgeiz und der Leidenschaftlichkeit der Parteien. Als alter, dem Könige ergebener Liberaler fordere er diejenigen zur Einigkeit auf, die mitarbeiten wollen, die freiheitlichen Institutionen zu heben, die Organisation des Staats zu festigen und das Prestige und die Kraft der Dynastie zu mehren.

Das Haus hörte die Erklärungen Saraccos mit großer Aufmerksamkeit an. Saal und Tribünen waren stark besetzt; alle Minister waren anwesend. Nachdem Saracco seine Rede beendet hatte, beschloß das Haus, am folgenden Tage die Wahl des Präsidenten vorzunehmen und dann in die Beratung über die ministeriellen Erklärungen einzutreten. —

Die beginnende Wahlbewegung in den Vereinigten Staaten.

New York, 15. Juni.

Außer der in allen 45 Staaten am 6. November vorzunehmenden Erwählung der „Electoren“ (Wahlmänner), welche ihrerseits im folgenden Monat Präsident und Vice-Präsident der Vereinigten Staaten zu wählen haben, sowie — mit Ausnahme von Oregon, wo dies bereits Anfang dieses Monats geschehen — der Abgeordneten zum Repräsentantenhaus des Bundeskongresses, finden im selben Monat in 28 Staaten volle oder teilweise Staatswahlen statt. Wir werden diesmal also eine recht lebendige Wahlcampagne haben! Ein „volles Fickel“ (Gouverneur, sonstige Staatsbeamte und Legation-Abgeordnete) ist in den Staaten Connecticut, Ohio, Illinois, Indiana, Kansas, Massachusetts, Michigan, Nebraska, New York, South Carolina und Texas anzustellen; in Colorado, Missouri, Montana, New Hampshire, N. Carolina, N. und S. Dakota, Tennessee, Utah und Washington sind Gouverneur und sonstige Staatsbeamte zu wählen; in Delaware ein Gouverneur, in Ohio ein Staatssekretär etc., in Iowa ein gleiches, in Pennsylvania zwei Legislatur-Abgeordnete. Recht heiter kann es im „blutigen“ Kentucky werden, dem wegen seines „Old Rye Whisky“ (altem Kornbranntwein) berühmten und wegen seines in den Gebirgen von „Kondschelnern“ getrauten allermiserabelsten Zufalles ebenso berühmten Staat.

Dort sind außerordentlich ein Gouverneur und Lieutenant-Gouverneur zu wählen. Bei der letzten Wahl beanspruchte sowohl die demokratische wie republikanische Partei den Sieg für diese Aemter, die — in ihrer großen Mehrheit demokratische — Legislatur sprach ihn der ersteren zu und die Sache schwebte noch vor dem obersten Staatsgericht, als der demokratische Gouverneurs-Kandidat, Böbel, ermordet wurde; worauf, da im Todesfall des Gouverneurs auf bestimmte Zeit der Lieutenant-Gouverneur an dessen Stelle zu treten hat, der demokratische Kandidat für dieses Amt den Posten besetzte. Die Führer der republikanischen Partei widersetzten sich allen bezüglichen Maßnahmen, ihr Gouverneurs-Kandidat Taylor berief sogar eine Legislaturtagung nach einem in republikanischer Begend“ belegenem Ort, während dieselbe laut Konstitution in der Hauptstadt zu tagen hat; es hatte mehrmals den Anschein, als ob es zu Nord und Südschlag kommen würde. Das Staatsgericht gab aber seine Entscheidung zu Gunsten des demokratischen Kandidaten ab, das Oberverwaltungsgericht, an welches die Republikaner appellierten, erklärte sich als inkompetent, und damit trat endlich Ruhe ein. Inzwischen hatte die Untersuchung über die Ermordung Böbels angeblich ergeben, daß ein Komplott republikanischer Parteiführer vorlag; es wurden Anklagen gegen mehrere derselben erhoben, zuletzt auch gegen Taylor, der sich indessen nach Indiana drückte, dessen Gouverneur seine Anklageverweigerung.

Der demokratischen Partei, welche den „Kampf gegen die Trusts“ für die bevorstehende Wahlcampagne als eine ihrer hauptsächlichsten Parolen auf die Fahne geschrieben hat, ist dieselbe durch eine recht interessante und lehrreiche Episode in der Metropole in sehr unangenehmer Weise „alteriert“ worden. Der „Eis-Trust“ hatte eine Erhöhung des Eispreises auf beinahe das Doppelte des früheren Tages angeündigt, worauf das dem Silberminenbesitzer Hearst gebührende „Journal“ (unzweifelhaft weniger aus „Sensations-“Bedürfnis, als aus Rache dafür, daß die New Yorker demokratische Staatskonvention die „Silberplank“ aus ihrer Plattform gestrichen hatte, den Umstand aufdeckte, daß die hervorragenden Führer der demokratischen Partei in der Stadt New York an jenem Trust beteiligt seien, so u. a. der Mayor (Bürgermeister) Van Wpd, welcher 4000 Aktien desselben besitze. Derselbe — welcher sein eigenes großes Vermögen besitzt, resp. besitzen hat — will das benötigte Geld, 250 000 Dollars, vom Präsidenten des Eis-Trusts „geliehen“ haben, während andererseits „vermutet“ wird, er habe die Aktien als Belohnung dafür erhalten, daß er einen zum Racheil des Trusts gefaßten Beschluß des Stadtrats bezüglich Ueberlassung städtischer Docks an denselben gegen eine weit unter dem regulären Satz stehende Miete mit seinem Veto befehligte hatte. Es kam dann weiter ans Licht, daß derselbe, zur Partei der „Trust-Killer“ (Töter) gehörende Herr für ebenfalls 250 000 Dollar Aktien einer vorigen Jahr gegründeten, vom Standard Oil Trust „kontrollierten“ Kupferminen-Gesellschaft besitzt!

Noch eine andre Blase ist durch die Affaire aufgestochen worden. In der „Central Federated Union“, diesem Centralkörper der „Pure and Simple“, sowie der früher einmal „Progressiv“ gewesenem Gewerkschaften brachte einer der Delegierten die Eisenstrick-Angelegenheit aufs Tapet. Das gab aber einen Tanz! Die ganze Sitzung gehörte den Schlepfern der demokratischen und republikanischen Partei, welche bei dieser Gelegenheit ihre Rache vollständig fallen ließen. Ein Vorpiel zu dem, was die bevorstehende Wahlcampagne bringen wird!

Achtung! Moabit. Achtung!

Donnerstag, den 28. Juni, abends 8 Uhr, im Moabiter Gesellschaftshaus, Alt-Moabit 80-81:

Grosse öffentliche Volksversammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Heine über: „Einiges vom neuen Recht aus dem Bürgerlichen Gesetzbuch“, 2. Diskussion 3. Beschließendes. Frauen sind besonders hierzu eingeladen. Der Vertrauensmann.

Arbeiter Berlins!

Von den Hünepolder Cigarrenfabrikanten haben die nachfolgenden die Lohnforderungen der Arbeiter be- willigt: H. Sporn, Dietrich (Hansch Nachf.), K. Weigel, R. Klähre, W. Enlig, O. Wessly, R. Reimke, G. Franz, F. König, H. Müller, A. Hurras, R. Bar, Reinhold Kaiser, Karl Uhlisch, Adolf Hartung, Paul Winkler, Max Pischel. Die Kommission der Berliner Tabakarbeiter.

Konjunkturverein Berlin-Mixdorf

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung. Heute, Donnerstag, den 28. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Bröder, Waldemarstraße Nr. 75: General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorstands, 2. Nachmalige Beschlusfassung über Abänderung des § 26 des Statuts, 3. Antrag auf Anschluss an den Allgemeinen Verband der deutschen Gewerks- und Betriebsgenossenschaften und den Revisionen-Verband der Provinz Brandenburg, 4. Antrag über die Beschlusfassung über ein Minimumgehalt und eine Maximalarbeitszeit für alle besoldete Angestellte, 5. Antrag über die Abänderung des § 13, 16, 40 des Statuts, 6. Antrag auf Abänderung des § 8 des Statuts, 7. Anträge Müller und Granel auf Abänderung der §§ 18 und 26 des Statuts. - Mitgliederbuch legitimiert. Der Vorstand. Wilh. Jäger, W. Conrad.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Morgen, Freitag, 29. Juni, abds. 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15:

Sitzung der Ortsverwaltung und der Werkstatt-Kontrollkommission.

Achtung, Parkettleger!

Heute, Donnerstag, den 28. Juni, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

Kommissionssitzung mit Vertretern aus den Betrieben.

Es ist notwendig, daß sämtliche Firmen vertreten sind. Ferner werden die Kollegen darauf aufmerksam gemacht, daß jeder Arbeitslose sich auf dem Arbeitsnachweis anmelden muß.

Bauhandwerker-Krankenkasse für Berlin und Umgegend

(Eingetrag. Kasse Nr. 118). Am Sonntag, den 29. Juli, vormittags 10 Uhr, im Saal des Herrn Schulze, Grenadierstraße 33:

Ordentliche Generalversammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht des Kassierers vom 2. Quartal, sowie Revisionsbericht, 2. Bericht des Vorstands und des Aufsichtsrats, 3. Wahl sämtlicher Hilfskassierer, 4. Jährliche Kassenabrechnung. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand, J. A. H. Metzke. Ferner machen wir die Mitglieder darauf aufmerksam, daß durch Generalversammlungs-Beschluß vom 1. Juli die Änderung mit den Verträgen eintritt und sind vom Sonnabend, den 30. Juni im Bureau der Kasse, sowie bei sämtlichen Hilfskassierern die neuen Verträge zu empfangen zu nehmen. Bei Nichtempfangnahme fremder Verträge hat die Kasse nicht und müssen die dadurch entstandenen Kosten von den Mitgliedern selbst getragen werden.

Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme sowie die reichen Blumenspenden bei der Beerdigung meines geliebten Mannes sage ich allen Kollegen, Freunden und Bekannten meinen tiefgefühlten Dank. Minna Schultz, 49999, Pustiten-Strasse Nr. 29.

Schultze, Wasserthorstr. 1/2, I. Behandlung aller Haut-, Horn- und Blasenleiden ohne jegliche Berufshörung. 3973L. Sprechstunden 9-2 u. 5-9. Donnerstagvormittag keine Sprechstunde. Bei Vorzeigung der Verbandskarte 10 Proz.

Laabs, Elsassstr. 39. Behandl. aller Haut-, Horn- und Blasenleiden ohne schädliche Mittel u. Gifte. Sprechst. 9-2 u. 6-9. Freitag und Sonntag nur 9-2. Verbandskarte Ermäßigung.

Chronische Leiden jeder Art ohne Berufshörung. Institut Jost, Chausseestr. 117, I. r. 9-3, 5-9, Sonntags 9-7. Arbeitern 20 Proz. Ermäßigung.

Heilung aller Haut-, Horn- und Blasenleiden ohne Berufshörung. 31jährige Erfahrung. Harder senior, Strasse 29. Sprechst. 9-1 u. 5-8 1/2. Sonnt. 9-2. 28/10.

Prima harte Schlackwurst a Pfd. 110 Pfg. Speck, Landjähntchen, J. Striepling, StraÙe 163. H. Geschäft: Invalidenstr. 147.

See-Terrasse

Röderstr. 6, Lichtenberg (zwischen Landsberger Allee und Dorf Lichtenberg). Verbindungen: Spittelmarkt-Landsberger Allee (Ringbahnhof); Spittelmarkt-Frankfurter Allee (Ringbahnhof), von da mit der Herberger Pferdebahn bis vor die Thür; Spittelmarkt-Eldenaerstrasse (Central-Viehhof). Herrlichstes Sommer-Etablissement mit 3 1/2 Morg. grossem See und grossem Vergnügungs-Park 25 000 Personen fassend. Gondel-Korso, Aussichtsturm, Kaffeeküche, täglich geöffnet, vier gedeckte Kegelbahnen, Kinder-Sportplatz, Luftschaukel, 2 grosse Tanzsäle und Variété-Theater. Sonntag, Montag u. Donnerstag: Grosser Tanz. Wecheltags: Entree frei! Avis! Sonntag, den 1. Juli: Grosses Doppel-Konzert. Brillant-Land- und Wasser-Feuerwerk, grosse Schlachtmusik. Im Variété-Theater, woselbst kein Eintrittsgeld erhoben wird, das Auftreten des weltberühmten Zauberkünstlers und Spiritisten Herrn Professor Fliege und Frau in 4 Vorstellungen von nachmittags 4 bis 10 Uhr. Entree: 20 Pf., Kinder frei! Den pt. Vereinen werden jederzeit die denkbar günstigsten Konzessionen gewährt.

Achtung, Maurer!

Freitag, den 29. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal Bennefeldstr. 9: Mitglieder-Versammlung des Centralverbands der Maurer für Moabit. Tages-Ordnung: Vortrag, Diskussion und Verschiedenes. Um regen Besuch bittet Die Verbandsleitung.

Beerdigungsverein Berliner Zimmerleute.

Das diesjährige Stiftungs-Fest findet am Sonnabend, den 14. Juli ds. Js., in der „Brauerei Friedrichshain“ (früher Lipps) statt, bestehend im

Konzert und großem Sommernachts-Ball,

sowie die Feier d. 50jähr. Gesellen-Jubiläums unres Mitglieds Soghoterra, wozu wir die Mitglieder mit ihren Familien und Freunden gütlich einladen, recht zahlreich zu erscheinen. Billets für Herren a 50 Pf., für Damen a 25 Pf. sind vorher bei den unterzeichneten Komiteemitgliedern zu haben: Klebb, Mariendorferstr. 2, Seitenstr. 4 Tr.; Liebermann, Neue Köpenickerstr. 18; Kraft, Grünstraße 19, Durgelb. 4 Tr.; Schwanz, Briesenerstr. 8, v. 3 Tr.; Brunzel, Mühlendamm 61, Seitenstr. 3 Tr.; Schneider, Jochenstr. 35, 3 Tr.; Petermann, Reinickendorferstr. 65, 4 Tr.; Wahn, Jochenstr. 31, 2 Tr.; Gierke, Waldemarstr. 52, 1 Tr. Außerdem bei Herrn Sandelsohn, Langestraße 13 im Restaurant, und Herrn Schmidt, Mühlendammstr. 28 im Restaurant. Anfang 8 Uhr. Das Komitee: J. A. Aug. Klebb, Mariendorferstr. 2.

Möbelstoffe!!

16685 Infolge der Preiserhöhung für Böhmisches Bier sehen wir uns veranlaßt, die geehrten Interessenten auf unser nach Pilsener Art eingebrautes, anerkannt vorzügliches Bier aufmerksam zu machen. Unser Pilsener ist aus feinstem böhmischen Hopfen und prima böhmischer resp. mährischer Gerste hergestellt und dürfte den weitgehendsten Anforderungen in Bezug auf Qualität entsprechen. - Zur Prüfung ladet ergebenst ein Brauerei Königstadt.

Böhmisches Bier

16685 Infolge der Preiserhöhung für Böhmisches Bier sehen wir uns veranlaßt, die geehrten Interessenten auf unser nach Pilsener Art eingebrautes, anerkannt vorzügliches Bier aufmerksam zu machen. Unser Pilsener ist aus feinstem böhmischen Hopfen und prima böhmischer resp. mährischer Gerste hergestellt und dürfte den weitgehendsten Anforderungen in Bezug auf Qualität entsprechen. - Zur Prüfung ladet ergebenst ein Brauerei Königstadt.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.

Jedes Wort 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Restaurant (Bühnen) ist sofort billig zu verkaufen. Näheres Borsdorferstr. 63 im Schaustafel.

Seifenbestände nebst Baden-Einrichtung nach Aufgabe meines Geschäfts billig zu verkaufen. Michaelstr. 6, Hof IV. 16536

Elegante vorjährige Herrenhosen, Feinse Stoffe 19-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag, Verbands-Bureau, Unter den Linden 21 II.

Gartenhaus Große Frankfurterstr. 9, parterre. 730

Betten, prachtvoller Stand, 1900, zweifach 10,50, Gubenerstr. 3, Pfandkass. 7150

Betten, Steppdecken, sportlich, reichhaltig, Kopenhagenerstr. 6.

Remonturarbeiten, goldene, Regulatoren, sportlich, reichhaltig, Kopenhagenerstr. 6. 25/12

Teppiche, Gardinen, sportlich, reichhaltig, Kopenhagenerstr. 6.

Teppiche mit Gardinen, sportlich, reichhaltig, Kopenhagenerstr. 6.

Mauerwerk zu verkaufen, Sargstr. 51, Potsdamerstr. 61.

Möbel, neu und gebrauchte, auch Teilzahlung. Römer, Seebahnstr. Nr. 81. 1470b

Hausmöbel, ganze Einrichtung, sportlich, auch einzeln, Gartenstr. 32A, I. Unt. 7141

Möbelfabrik, Oranienstr. 2a, Mühlendamm 27, Spiegelstr. 24, Stühlen, Ruhebetten, Nachtschrank, Kleiderständer, Waschtische, Kleiderbügel, 15, Säulenträume, Nachtschrank, Kaminofen, 27, Kleiderbügel, 95, Pappschloß 75, Büchertische, Einrichtungen aller Art, Gesamtzahlzahlung unter folgenden Bedingungen. 1169

Damenbüsten billig, Weinbergstr. 13b. 918b

Fahrrad, gut erhalten, verkauft preiswert, Schulze, Gubenstr. 14.

Sportwagen, Baby, Drummstr. 42, Teilzahlung gestattet, bei großen Raten Kassepreis.

Fahrräder, erstklassig, zu Entschaffen (auch Teilzahlung) Kopenhagenerstr. 6, Kommandantenstr. 46 I.

Fahrräder, Teilzahlung, mögliche Anzahlung, Lager vierhundert Maschinen, Fahrradrenner, 18 Pfund, Strohkammer, Luxus-Damenräder, Spielzeug, Kinderwagen, Anhängewagen direkt aus Fabrik, Impetal, Döberstr. 33. 11808

Nähmaschinen, beste Ringlopp, Bobbin, Adler, Schnellnäher, vor- und rückwärts, ohne Anzahlung, wahlweise 1 Mark, jährliche Garantie, Vorkasse, Landsberger, Landsbergerstr. 35, kein Laden. 16416

Nähmaschinen, ohne Anzahlung, wahlweise 1 Mark, fünfjährige Garantie, Lager sämtlicher Zusätze, Frische, Nähmaschinen-Gehäuse, Lurusstr. 39, Laden, Stellung Postkarte erzielbar sofort. 1667b

Abnehmer Feld, Gartenbrunnen, Tisch, Stühle, Bänke, Spaten, billig, Karl Kaufmann, Mühlendammstr. 19, am Urban. 21/18

Kanaricabäume, Bojänger, verkauft Krebs, Köpenickerstr. 134a.

Steppdecken am billigsten, Groß Frankfurterstr. 9, parterre. 730

Uhren, Goldwaren, Teilzahlung, Beschreibungen schriftlich, Luisenpark, Auguststr. 92. 1674b

Stiare, eine Mark, junge, lernen sprechen, pfeifen, Oranienstr. 87, Vogelschänke. 1669b

Tischler, Mein gut näherndes Holz- und Spielzeuggeschäft ist zu verkaufen, Kommandantenstr. 69.

Geschäftsleute, Werkstätten, 45 Pf., 1/2, Banntischler 3 Mark, Brauereistr. 63, Landstr. 63. 1670b

Wiesen werden teuer! Verkauf Grundstücken an der Chaussee hinter Friedhöfen zum sofortigen Verkauf, Küche 20 M., Schloß, Kommandantenstr. 58. 1667b

Nähmaschinen, So lange Vorrat reicht, verkaufe Sofa 14,-, Bettstelle und Matratze 10,-, Kleiderbügel 28,-, Große Tisch 6,-, Kleiderbügel 19,-, Pflanzgerüst, hoheliegender, sowie vollständige Einrichtungen, Rückenmöbel, große Auswahl, sportlich, Hirschen, Mariannenstr. 7a.

Vermischte Anzeigen.

Elektrotechnik, Nadson, Alte Köpenickerstr. 24, Neuer Wendelstein zur Ausbildung zum Elektrikmonteur in Theorie und Praxis nach der neuesten Methode beginnt 1. Juli. Fortschritte nicht erforderlich. Anmeldung täglich, auch Sonntags. 2078

Rechtsanwalt, Ernst, Gnadl, Rumpfenstr. 41. 1770

Rechtsbureau, Andreasstr. 63, (gegen Randorfstr.). Beistand in allen Rechtsfällen, abends bis 10. 11045b

Unfallkosten, Klagen, Eingaben, Refutationen, Fugel, Strohger, StraÙe 65. 1367b

Violin, Klavier, Gitarre, Gesell-Unterriech, monatlich 4 Mark, Oranienstr. 118.

Buchbinder-Arbeit jeder Art, fertigt, Ferdinand, Steinert, W. Bülowstr. 56, 2. Hof parterre. 2387b

Uhren repariert, Wilhelm, Glöde, Uhrmacher, Batscherstr. 45. 1145

Fahrrad, Reparatur, fertigt, Zimmer, Androsstr. 70. 1478b

Privat, Wittgenstein, Herren 46, Damm 35, Pannicke, Oranienstr. 178, I.

Saal und Speisezimmer, empfiehlt, Jannasch, Inselstr. 10. 2068

Vereinigungs-Komitee, empfiehlt, Alte, Jochenstr. 119. 2288K

Vereinigungs-Komitee, Kleiner Saal, mehrere Tage, auch Sonntags, zu verkaufen, Gold, Große Frankfurterstr. 133. 760

Vermietungen.

Laden und 3 Stuben, darin seit 24 Jahren ein Schuhwarengeschäft mit großem Erfolg betrieben ist, Friedrichstr. 28 zum 1. Oktober für 1200 zu vermieten. 1672b

Schlafstellen.

Fremdliche Schlafstelle vermietet, Frau Jäger, Wendenstr. 2, vorn III links. (Görlitzer Bahnhof). 1678b

Bessere Schlafstelle, billig, vermietet, Pannicke, Oranienstr. 24, vorn.

Schlafstelle für Herrn bei Siebold, Köpenickerstr. 85. 1671b

Möblierte Schlafstelle bei Frau Gardt, Jochenstr. 14, II. 1659b

Bessere möblierte Schlafstelle (Wohnen), Kleinmager, Adalbertstr. 1, rechter Ausgang IV. rechts.

Fremdliche Schlafstelle vermietet, Wilm. Roggeburg, Staligerstr. 69b, vorn IV. 72

Arbeitsmarkt.

Stollengesuche.

Münder Stuhlrechter bittet um Arbeit. Stühle werden gut geflochten, dieselben werden abgeholt und juristisch geliefert. Gläser, Mühlendamm 27.

Stellenangebote.

Korbmacher sucht, Schulze, Oranienstr. 185. 1644b

Arbeitsnachweis-Bureau

Das Arbeitsnachweis-Bureau befindet sich vom 1. Juli d. J. ab im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, vorn 2 Tr., Zimmer 18. Die Vermittlung ist wahlweise vom 8-10 Uhr und für Arbeitgeber sowie Arbeitnehmer unentgeltlich. Sämtliche Kollegen und Genossen werden ersucht, bei Eintritt der Arbeitslosigkeit sich dort sofort zu melden. 225/13 Die Arbeitsnachweis-Kommission.

Achtung! Vergolder!

Das

Bewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Aus dem Reich der Großen Berliner.

Die Erbitterung, welche die vor kurzem erfolgten Kündigungen unter den Angestellten erregt haben, scheint doch nicht ohne Wirkung auf die Direktion geblieben zu sein. Nicht etwa, daß sie sich den gewerkschaftlichen Bestrebungen des Personals gegenüber — wie es eigentlich selbstverständlich sein sollte — völlig passiv verhielte. In einem solchen Standpunkt vermag sich prophaner Unternehmerrhythmus, noch dazu wenn er bei Ministern Rückhalt findet, nicht aufzuschwingen. Geworden wird es nach wie vor, wenn einer der Angestellten sich rückhaltlos als Vertreter der Arbeiterinteressen bekümmert; zwar legt ihn die Direktion nach den unangenehmen Erfahrungen die sie mit ihrem letzten Vorgehen gemacht hat, nicht mehr ohne weiteres auf die Straße, sondern sie läßt der Entlassung einen Wink mit dem Jauchepfeil vorangehen.

Der Schaffner Oberpächler, einer derjenigen, die der Kommission angehört, die seiner Zeit wegen Beilegung des Streiks vor dem Oberbürgermeister mit der Direktion verhandelte, der aber nicht zu den Leuten vom Schläge Wshers gehört, erhielt folgendes Schreiben:

Berlin SW., 18. Juni 1900.

An den Schaffner Herrn Oberpächler 1233
Bahnhof 24, Lichtenberg.

Nachdem zu unserer Kenntnis gelangt ist, daß Sie neuerdings durch aufreizende Redensarten den agitatorischen Bestrebungen im Sinne der abgeschlossenen Lohnbewegung wiederum Vorstoß leisten, warnen wir Sie hiermit eindringlich und bemerken, daß wir im Wiederholungsfall genötigt sein würden, Ihre sofortige Entfernung aus unserm Diensten in Aussicht zu nehmen.

Große Berliner Straßenbahn.

Die Direktion.
v. Nollweien, Köpfer.

In der Erwartung, daß diesem Beispiel die endgültige Mahnung doch über kurz oder lang folgen werde, hat Oberpächler um seine sofortige Entlassung nachgesucht, mit der Bitte, daß ihm die Direktion, da er schon länger als zehn Jahre im Dienst war, eine einmalige Unterstützung gewähren möge, wie sie die alten Leute erhielten, die vor einiger Zeit entlassen worden sind, um, wie man mit Recht annahm, die in Aussicht stehende Pensionkasse nicht zu belasten. Die Entlassung hat Oberpächler ohne weiteres erhalten, aber die Unterstützung kann ihm, wie die Direktion in dem betreffenden Schreiben sagt, nach den bestehenden Grundsätzen nicht bewilligt werden.

Was die in der ersten Hälfte dieses Monats erfolgten Mahnungen betrifft, so hat ein großer Teil der Gemahregelten um Zurücknahme der Kündigung nachgesucht, und diese Gesuche sind auch mit einer einzigen Ausnahme bewilligt und die Betroffenen wieder in Dienst gestellt worden.

Unzufriedenheit herrscht in den Kreisen der Straßenbahner darüber, daß — entgegen den Abmachungen beim Streik — die Ueberstunden auf einigen Bahnhöfen nicht bezahlt werden, und daß die zugelegte Einstellung von Signalwärtern an den belebten Kreuzungspunkten immer noch auf sich warten läßt. Die versprochene probeweise Lieferung von Regenmänteln ist ebenfalls noch nicht erfolgt. Recht sonderbar erscheint es den Angestellten, daß ihnen jetzt ein Schriftstück zur Unterzeichnung vorgelegt wird, worin sich der Unterzeichner verpflichtet, der am 1. Juli ins Leben tretenden Pensionkasse beizutreten, ohne daß man den Angestellten die Satzungen der Pensionkasse bekannt gegeben, oder ihnen über Beitragshöhe und Leistung der Kasse etwas mitgeteilt hätte.

Die Große Berliner versteht es nicht bloß, das Fahrpersonal knapp im Lohn zu halten, auch die Handwerker, die sie auf den Bahnhöfen beschäftigt, stehen sich dort schlechter, als in andern Betrieben. Es wird uns darüber mitgeteilt: Bei der Straßenbahn-Gesellschaft besteht eine Abteilung für Hochbauten, eine andre für Tiefbauten. Die Hochbau-Abteilung besteht aus Bauhandwerkern und Hilfsarbeitern, etwa 60 an der Zahl. Diese haben die Reparaturen auf allen Bahnhöfen in und um Berlin auszuführen. Die Lohnsätze sind folgende: Maurer 50 Pf., Zimmerer 40—50 Pf., Klempner 45 Pf., Dachbeder 40 Pf., Holzleger 35—45 Pf. und die Arbeiter 32 1/2 Pf. pro Stunde; Schlosser erhalten 3 M. 25 Pf. pro Tag. Nun haben die Leute oft einen stundenlangen Weg zur Arbeit; die bessergestellten Leute haben zwar Freikarten, aber die Arbeiter müssen entweder laufen oder aus ihrer Tasche bezahlen. Von den 12 1/2 M., die ein Arbeiter bei der Großen pro Woche verdient, gehen aber 15 Pf. Altersrente, 50 Pf. Krankentafel-Beiträge (die Gesellschaft zahlt nichts dazu); sodann muß etwa 1,50 M. Fahrgeld in Abzug gebracht werden, so daß dem Mann für den Lebensunterhalt seiner Familie 17,35 M. verbleibt. Im Winter, wenn der kurzen Tage wegen vielfach eine Reduzierung der Arbeitsstunden eintritt, verringert sich der Lohn pro Woche noch um 2—4 M. — Der Tiefbau-Abteilung liegt das Schienenlegen ob. Diese Leute müssen bei Wind und Wetter, bei Tag und bei Nacht auf der Straße zuringeln. Dieselben erhalten 30—35 Pf. Stundenlohn und sind daher, wenn sie ihre Familie nicht Not leiden lassen wollen, gezwungen, außer ihrer Tagesarbeit noch zwei, drei Nachschichten pro Woche machen. Für solche Arbeiten wird sonst überall 35—45 Pf. bezahlt. Die einzelnen Arbeiter, die es bisher gewagt haben, Zulage zu fordern, sind von der Direktion noch stets abgewiesen worden.

Soweit die Zuschritt. Ist die Angabe, daß die Direktion einen Vertrag zur Krankentafel nicht leistet, richtig, so würde diese sich einer Gefekwidrigkeit schuldig machen.

Achtung! Hilfsbuch-Arbeiter und Arbeiterinnen! Im Laufe des gestrigen Tags haben sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der Hilfsbuchfabrik von Schmolling, Neue Königsstr. 11, die Arbeit niedergelegt. Die Ursache zu diesem Vorgehen ist darin zu suchen, daß die Arbeiter dem Fabrikanten einen Lohnsatz unterbreiteten, durch welchen eine geringe Aufbesserung der teilweise außerordentlich niedrigen Lohnsätze erzielt werden sollte. Herr Schmolling lehnte jedoch sowohl jede Lohnaufbesserung als auch die Vermittlung der Ortsverwaltung rundweg ab, so daß den Arbeitern nichts weiter übrig blieb, als zu dem letzten Mittel, dem Streik zu greifen. Die Zahl der Ausständigen beträgt 14 Personen, die sämtlich organisiert sind. Bereits in den nächsten Tagen wird sich eine öffentliche Hilfsbuchmacher-Versammlung mit der Angelegenheit des näheren beschäftigen.

Der Verband der Schuhmacher.

Ausland.

Grüne-Arbeiter-Streit in Ungarn. Aus Budapest wird dem Bureau Herold gemeldet: In Koszma ist ein Streit der Grüne-Arbeiter ausgebrochen. Ein Gutsherrenverwalter, welcher vermittelte wollte, wurde von den Ausständigen getötet. Die Gendarmerie nahm mehrere Verhaftungen vor.

Fredrichsberger Eisenbahn-Streit. Die Direktion hat jetzt die Organisation der Angestellten angefordert, ihre Wünsche aufzustellen. Die Hauptforderungen waren: 1. 60 Arbeitsstunden die Woche; 2. Lohn der Hilfsarbeiter 90 Kr.; 3. Uniformen werden von der Gesellschaft geliefert; 4. Entlassungen, die die Organisation beanstandet, werden einem Ausschuss von je 2 Vertretern beider Parteien überwiesen. — Die Direktion hat darauf bei einer mündlichen Verhandlung erklärt, daß sie „Erleichterungen“ in der Dienstzeit einräumen wolle, aber auf das Maximum von 60 Arbeitsstunden nicht eingehen könne. Ferner behält sich die Direktion das Recht

vor, mit den einzelnen Arbeitern zu verhandeln und nicht nur mit der Organisation, und will den Lohn für die Streiktage in Abzug bringen. Von der Gemeindevertretung war beantragt, eine 10stündige Fahrzeit einzuführen, wodurch die 10stündige Arbeitszeit sich von selbst vermindern würde; aber auch dies lehnte die Direktion ab, sie will den alten Betrieb aufrecht erhalten, der eine Arbeitszeit von 10 Stunden 57 Minuten in sich schließt, und nur größere Pausen während des Betriebs geben. Die Eisenbahn-Beamten haben in einer Nachtversammlung die meisten Punkte in Fassung der Gesellschaft angenommen, nur Punkt 1 lautet 60—63 Arbeitsstunden, ein Vorschlag, der vom Fabrikanten Johannes, Gemeinderatsmitglied und Direktionsmitglied der Gesellschaft gestellt ist.

Eisenbahnbeamten-Streit in Stockholm. Das Personal der Södra-Gesellschaft (Südbahn) hat in einer Nachtversammlung beschlossen, vom Sonntag ab die Arbeit einzustellen, wenn ein verabschiedeter Maschinist nicht in Arbeit genommen wird. Am Sonntag war der Betrieb eingestellt. Die Gesellschaft teilte dem Personal mit, daß alle sich für entlassen anzusehen haben, wenn der Betrieb nicht bis 10 Uhr ausgenommen wäre, was aber nicht geschehen ist. Der Maschinist ist entlassen, weil er für den Anschluss an den Transportarbeiter-Verband gewirkt hat. Außerdem hatte das Personal eine Lohnerhöhung von 15 bzw. 10 Kr. (sie erhalten jetzt 90—100 bzw. 85—75 Kr.) verlangt, sie aber schon auf 10 und 5 Kr. herabgesetzt, die auch „wegen der schlechten Lage der Gesellschaft“ abgelehnt wurde.

Lokales.

Thielensche Socialpolitik.

Der Vorstand des „Volkshilfsstätten-Vereins vom Roten Kreuz“ hatte, wie wir vor einigen Tagen mitteilten, unterm 16. Mai an den Minister Thiele ein Gesuch gerichtet, daß den Patienten der „Erholungsstätte“ in der Jungfernhöhe gestattet werden möge, Arbeiter-Wochenkarten auch außerhalb der sonst vorgeschriebenen Stunden zu benutzen. Auf dieses Gesuch hat der Herr Minister unterm 20. Juni die langersehnte Antwort erteilt; sie lautet:

Auf die Vorstellung vom 16. v. M.

Nach den bestehenden Vorschriften sind Arbeiter-Wochenkarten nur zur Fahrt zwischen Wohnort und Arbeitsstätte auszugeben; Arbeiter, die die Erholungsstätte Jungfernhöhe aufsuchen, haben mithin auf die Verabfolgung von Arbeiterkarten überhaupt keinen Anspruch und müssen sich gewöhnlicher Fahrkarten bedienen, die im Berliner Stadt- und Ringbahn-Verkehr überaus niedrig bemessen sind.

gez. Thiele.

An den Vorstand des Volkshilfsstätten-Vereins vom Roten Kreuz hier.

In dieser Antwort ist zunächst bemerkenswert, daß der Herr Minister nur fünf Wochen gebraucht, um auf ein Gesuch die ablehnende Antwort zu finden; selbst „im Zeitalter des Verkehrs“ hat eine derartige Fügigkeit etwas Ueberraschendes. Sodann aber hat Herr Thiele in dieser Antwort abermals Zeugnis für sein tiefes socialpolitisches Verständnis abgelegt. Statt der erbetenen Verkehrs-erleichterung, durch die armen Kranken die Möglichkeit zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit geschaffen und damit die Volksgesundheit gefördert werden sollte, verfügt der Herr Minister eine weitere Erschwerung, indem er kurzerhand diesen Kranken überhaupt die Benutzung von Arbeiter-Wochenkarten verweigert. Und der Grund? Die gewöhnlichen Fahrkarten sind „im Berliner Stadt- und Ringbahnverkehr überaus niedrig bemessen.“ Das mag zutreffen für Personen, die über ein Ministerienkommen verfügen; aber arme Kranke, die mit einem Krankengeld von täglich 1,50 M. sich und ihre Familie erhalten sollen, werden selbst den Mindestbetrag für eine zweimalige Fahrt — 20 Pfennige — keineswegs für „überaus niedrig bemessen“ erachten. Freilich für den, der die sonstigen Proben Thielenscher Socialpolitik kennt, hat dieser Bescheid nichts Ueberraschendes.

Selbst die „Voss. Ztg.“, die doch wahrlich nicht im Geruch allzu starker Arbeiterfreundlichkeit steht, kann sich nicht enthalten, in diesem Fall dem Minister den Rest zu sein: „Vom Standpunkt der starren Bureaucratie ist der ablehnende Bescheid des Herrn von Thiele wohl zu verstehen. Im trassen Widerspruch steht er aber mit der socialen Richtung, die das Kennzeichen der Politik unserer Regierung sein soll. Warum in aller Welt soll eine Vergünstigung, die dem gesunden Arbeiter gewährt wird, dem kranken Arbeiter vorenthalten werden? Die billigeren Arbeiter-Fahrkarten werden auszugeben, um den gesunden Arbeitern die Erlangung von Arbeit zu erleichtern. Der kranke Arbeiter fährt in die Erholungsstätte, um seine Gesundheit wieder zu erlangen, was für ihn die Vorbedingung für die Wiederaufnahme der Arbeit ist. Ganz so billig, wie Herr v. Thiele annimmt, ist für den kranken Arbeiter die Fahrt nach der Jungfernhöhe bei der Benutzung der gewöhnlichen Fahrkarten im Verhältnis auch nicht. Sie kostet ihm wöchentlich je nach der Länge der Fahrt 1 M. 40 Pf., oder 2 M. 80 Pf., das macht bei einem wöchentlichen Krankengeld von 9 bis 12 M. im Verhältnis recht viel aus. Zu beachten ist aber auch, daß sonst die Eisenbahnverwaltung undemittelten Kranken bei Fahrten zur Kur nicht geringe Vergünstigungen gewährt. Rechnliche Vergünstigungen werden auch den Schwestern, die zur Krankenpflege reisen, zu teil. Es ist nicht recht ersichtlich, warum Herr v. Thiele gerade für die unbemittelten Kranken, welche die Erholungsstätte zur Kur besuchen, nichts übrig hat.“

Jaungäste!

„Jaungast“! Das Wort ist von großer Anschaulichkeit, aber nicht ganz frei von Spott oder — je nach der Absicht, in der es gebraucht wird — auch von Mißleid! Der Berliner liebt es, mehr Spott als Mißleid in dieses Wort hineinzulegen. Mancher von denen, die es nicht nötig haben, sich selber unter die Jaungäste zu mischen, spricht sogar nur mit Verächtlichkeit und Verachtung von den Jaungästen. Ihm sind die Jaungäste nur eine zu jedem Madau und Standal leicht aufgelegte Gesellschaft von Müßiggängern und Hummern, die höchstens wert sei, möglichst rasch und möglichst nachdrücklich von einem Schymann auseinander getrieben zu werden.

Wer den Berliner Jaungast kennen lernen will, der hat gerade jetzt reichlich Gelegenheit, ihn zu beobachten. Draußen in den Vorstädten, wo sich inmitten des Häusermeers noch so mancher kleine und große Konzertgarten behauptet hat, da kann man ihn um diese Zeit in ganzen Scharen antreffen. Da stehen an schönen Abenden vor einem solchen Garten auf dem Trottoir und oft selbst auf dem Damme Hunderte von Leuten und harren vor dem Jaun aus bis in die finstende Nacht.

Sind das nun wirklich Müßiggänger und Hummer, sind es ravalustige Elemente, die nur auf eine Gelegenheit zu Standal warten?

Es sind zwar ungebundene, aber keineswegs lästige Gäste: keine Handwerksmeister, die eben ihr Tagewerk beendet haben, junge Arbeiter und Arbeiterinnen, die aus der Fabrik und Arbeitsstube heimgekehrt sind — Leute, die gern ein bißchen

Musik hören möchten, die aber die 10 oder 15 Pf. Eintrittsgeld scheuen und auch das Freilongiert wegen des mit dem freien Eintritt verbundenen Trunkwangs noch für zu teuer halten. Diese Jaungäste laufen draußen auf der Straße den Klängen der Musik, die aus dem Garten zu ihnen herausschallt, mindestens mit derselben Andacht, wie da drinnen die zahlenden Besucher. Die Polizei fände hier sehr wenig Anlaß, ihren Eifer zu bekämpfen, und sie macht sich auch selten bemerkbar. Das Publikum ist hier selber Polizei; wer Störungen verursacht, wird rasch und erfolgreich zur Ruhe verwiesen.

Wenn man dem Treiben der Jaungäste aufmerksam zuschaut, wenn man beobachtet, wie dieselben Personen fast Abend für Abend wiederkommen und ihren gewohnten Platz an dem Jaun einnehmen, dann verpöht man so gar keine Lust, einen spöttischen Ton in das Wort „Jaungast“ hineinzulegen. Es ist so mancher unter ihnen, dessen Anblick eher den Beobachter ernst und nachdenklich stimmt. Das halbe Stündchen, das sie da vor dem Jaune zubringen dürfen, und die paar Klänge einer oft recht minderwertigen Musik, die sie dabei auffangen, sind für viele die einzige Erholung und Erhebung, die ihnen vergönnt ist.

„Jaungast“! Das Wort hat überhaupt für die Mehrzahl derjenigen, die sich vor dem Konzertgarten zu den Jaungästen gesellen müssen, noch eine andre, eine viel umfassendere Bedeutung. Wie viele müssen sich nicht bloß hier mit der Rolle eines Jaungastes begnügen! Die breite Masse der unbemittelten Bevölkerung ist ja ziemlich in allem und jedem mehr oder weniger so etwas wie ein bloßer „Jaungast“. Einer besitzlosen Minderheit, die aus dem Vollen genießen darf, steht eine besitzlose Mehrheit gegenüber, die froh sein muß, wenn auch für sie von den Freunden des Lebens etwas abfällt. Der Jaungast vor dem Konzertgarten ist ein ziemlich getreues Abbild der Klasse, der er zumeist angehört: des Proletariats.

Ueber ein recht befreundliches Vorgehen einer Gemeindegemeinschaft. Schon vor einiger Zeit teilte mir meine neunjährige Tochter mit, daß ihre Lehrerin, ein Fräulein S. in der katholischen Gemeindegemeinschaft am Mariannen-Ufer den Kindern verboten habe, am Freitag mit Fleisch oder Wurst belegte Stullen in die Schule zu bringen. Am letzten Freitag hat die Dame sogar einer Schülerin die Wurst von der Stulle herunter genommen und den schönen Betrag in den Papierkorb geworfen. Diese Handlungsweise ist von der Lehrerin keineswegs begangen worden, um die nicht mit Wurststullen beglückten Kinder vom Laster der Begehrlichkeit abzuhalten, sondern einzig und allein wegen des katholischen Dogmas, das den Fleischgenuss am Freitag für unethisch hält. Mag man sich in streng katholischen Gegenden auch noch an diesem Brauch halten, so wird in Berlin der katholische Betanke, wenn er es dazu hat, durchweg ebenso wenig auf den Fleischgenuss am Freitag verzichten mögen, wie der Jude auf den Genuss guter Schinkenstullen; und das sollte auch die Lehrerin bedenken. Ebenfalls sollte die Dame sich vor Augen halten, daß, wenn einmal das Wurstessen am Freitag als Sünde gilt, das Wegwerfen von Nahrungsmitteln, die einem selber gar nicht einmal zu eigen gehören, wohl zum mindesten ebenso sündhaft ist. Vielleicht erhält die Lehrerin von oben herab einen Wink, in Zukunft derartiges zu unterlassen.

Die Deputation für die kaiserlichen Irrenanstalten hat in ihrer am Dienstag unter Vorsitz des Stadtrats Straube stattgehabten Sitzung verschiedene Reudanten beschlossen und zwar: bei der Irrenanstalt Herzberge zu Lichtenberg soll auf dem vor kurzem für die Anstalt erworbenen Schutzstreifen ein Vier-Familienwohnhäuser für die jetzt in den Krankenhäusern wohnenden verheirateten Angestellten errichtet werden. Ferner soll zum Zweck besserer Beschäftigung des Eingangs zu der Anstalt und Sicherung des an die Herzbergerstraße anschließenden Anstaltsgebietes gegenüber dem sehr stark gesteigerten Verkehr das Einfahrtsthor bis nahe an die Anstaltsgrenze gerückt und dort ein Förstnerhäuschen errichtet werden. Schließlich sollen umfangreiche Erweiterungsarbeiten auf dem Gutshofe der Anstalt vorgenommen werden, darunter die Errichtung eines Wagenschuppens und Beschaffung von zwei Familienwohnungen für die auf dem Gutshofe beschäftigten verheirateten Bediensteten. Bei der Anstalt für Epileptische in Bühlgarten sollen, wie dies bei den beiden Irrenanstalten bereits früher geschehen ist, Insektenschutzarbeiten errichtet werden — je eine für Männer und Frauen. — Diese Arbeiten sollen nicht nur beim Ausbruch einer Epidemie Verwendung finden, sondern überhaupt zur Unterbringung einzelner an aufsteigenden Krankheiten leidenden Kranken dienen.

In diesem Sommer-Halbjahr bestehen in Berlin 237 Gemeindegemeinschaften mit zusammen 4178 Klassen (einschließlich 58 Nebenklassen). Die Gesamtzahl der verfügbaren Klassenzimmer ist 4148, davon sind 58 unbesetzt. Von den Klassenzimmern befinden sich 3702, einschließlich 29 unbesetzter, in eigenen Schulhäusern der Stadtgemeinde, 446, einschließlich 24 unbesetzter, in gemieteten Räumen. In wirklicher Benutzung sind demnach 3673 Klassenzimmer in eigenen Schulhäusern der Stadt, 422 in gemieteten Räumen, zusammen 4095 Klassenzimmer. Die Zahl der sitzenden Klassen ist bedauerlicherweise immer noch 83, es wird also im ganzen in 4178 Klassen unterrichtet. In den Gemeindegemeinschaften waren eingekauft: am 1. Mai d. J. 209 080 Kinder (108 942 Knaben und 105 188 Mädchen), am 1. November 1899 206 702 Kinder (102 862 Knaben, 103 840 Mädchen), daher am 1. Mai 1900 gegen 1. November 1899 mehr 2378 Kinder (1080 Knaben und 1298 Mädchen).

Die Unerschämtheit unserer Handwerker offenbart sich in ihren eigentümlichen Handlungen von Tag zu Tag deutlicher. Jetzt hat sich ein Haus- und Grundbesitzer-Verein beschwerdeführend an die Polizeidirektion Schönberg gewandt, um das Lärmen der Kinder auf der Straße zu verbieten! Der Schönberger Polizeidirektor scheint aber den prologischen Standpunkt jener Herren nicht anerkennen zu wollen, denn er hat dieses etwas dreiste Ansinnen mit folgender treffender Begründung abgelehnt:

„Die Klagen der Hauswirte in der Rollendorferstraße über den durch Kinder verursachten Lärm und Unruhe haben sich nach den angestellten Ermittlungen als fast übertrieben herausgestellt. Die Ordnung im Hause aufrecht zu erhalten, ist Sache des betreffenden Hauswirts, und was das Spielen der Kinder auf der Straße anbetrifft, so ist der beregte, kaum abzuändernde Uebelstand nicht allein in der Rollendorferstraße, sondern in allen Straßen vorhanden, in denen derartige mit Seiten- und Quergebäuden errichtete Häuser vorhanden sind, mithin zahlreiche Arbeiterfamilien wohnen.“

Konkurs der „Hilfe“. In dem Konkurs über das Vermögen der „Hilfe“, Armentafel für Deutschland, eingetragene Hilfskasse, stellte der Verwalter Brindmeyer den Forderungen ohne Vorrecht von 56 000 M. eine Dividende von 3 Proz. in Aussicht.

In die hiesige Tollwut-Schutzstation gebracht wurden gestern zwei Kinder aus Kogalnik bei Moskja. Beide sind von einem tollwütigen Hunde gebissen worden.

Die in der Sternbergischen Angelegenheit unter dem Verdacht der Weibhülfe verhaftete Auguste Wender, gegen welche am 23. d. M. Termin vor der 9. Strafkammer anstand, der aber vertagt werden mußte, ist nunmehr auf Antrag des Verteidigers Rechtsanwalt Wetzauer ohne Bürgschaft aus der Haft entlassen worden.

Zum Aufbau des neuen Instituts für Meerestunde an der Universität Berlin ist Dr. Dünse, bisher Bibliothekar der städtischen Volksbibliothek zu Charlottenburg, ernannt worden.

Bisfallismus im Reiche des Herrn v. Pöbbecke. Der erste Nachtrag zur außerordentlichen Ausgabe des Verzeichnisses der Teilnehmer an der Stadtfestungseinrichtung in Berlin, welche zum 1. April erschienen war, ist fertig gestellt und gelangt heute zur Ausgabe. Der Nachtrag bringt an seiner Spitze eine Reihe von neuen, wichtigen Bestimmungen. Bei der nächsten Neuauflage des Verzeichnisses, so heißt es, werden die einzelnen Fernsprechanträge unentgeltlich nur einmal und zwar in dem Verzeichnis desjenigen Fernsprechnetzes, an welches die Sprechstelle angeschlossen ist, aufgeführt. Anschlüsse in den Vororten werden demnach unter Berlin ein zweites Mal nur noch gegen Bezahlung aufgeführt. Kostenfreie Hinweise auf die erste Eintragung in den Fällen, in welchen der Name des Inhabers eines Fernsprechantrages mit seiner im Handelsregister eingetragenen Firma nicht übereinstimmt, und bei Anschlüssen, die von mehreren Rechtsanwaltskanzleien gemeinschaftlich benutzt werden, sowie auf Eintragungen im Teilnehmer-Verzeichnis eines anderen Fernsprechnetzes als desjenigen, an welches die Sprechstelle angeschlossen ist, sind nicht mehr statthaft. Soll ein Anschluss an zweiter Stelle aufgeführt werden, so ist dafür in jedem Fall eine jährliche Gebühr von 5 Mark für die Druckzettel zu entrichten. Die jetzt bestehenden kostenfreien Hinweise werden in der Neu-Ausgabe nicht mehr Aufnahme finden, sofern sich die Teilnehmer nicht bis zum 20. August zur Zahlung der Gebühren schriftlich bereit erklären. Im übrigen sind die Änderungen und Vervollständigungen, welche in der für den Monat Oktober beabsichtigten Neu-Ausgabe berücksichtigt werden sollen, spätestens bis zum 13. Oktober schriftlich und portofrei der kaiserlichen Oberpostdirektion in Berlin mitzuteilen.

Die fünf Opfer der Familien-Tragödie in der Brangelstraße 126, die Klempnerfrau Sogolewski und ihre vier Kinder, wurden gestern, Mittwochnachmittag um 6 Uhr auf dem Neuen Thomaskirchhof an der Hermannstraße zu Nixdorf in eine gemeinsame Gruft zur letzten Ruhe bestattet. Die Beerdigung fand unter Beteiligung der Geistlichkeit statt. Der Kirchhof war von 5 Uhr ab bis zur Beendigung der Feiern polizeilich geschlossen. Gegen 200 Personen, die am Eingang sich versammelt hatten, wurden nicht zugelassen. Schon am Dienstagmorgen um 4 Uhr hatte sich eine große Menschenmenge, wohl 5-600 Personen eingeschoben, um der Beerdigung beizuhelfen. Der Kirchhofspolizeistapel mußte die Hilfe der Polizei in Anspruch nehmen, um dem Andrang zu wehren. Schulkinder standen von 4 bis 6 Uhr an der verschlossenen Pforte. Die Menge zerstreute sich erst, als man ihr sagte, daß die Beerdigung auf dem städtischen Friedhof in Friedrichsfelde stattfinden wird.

Aus Feuergefahr wurden Dienstagabend bei einem Brande in der Müldersdorfer Straße 21 dreißig Pferde gerettet. Hier befindet sich das Fuhrgeschäft von E. Pethge, dessen Pferdebestand in einem etwa 50 Meter langen einstöckigen Stalle untergebracht wurde. Der Dachraum diente als Jouralzimmer und war mit Hädel und Heu angefüllt. Abends gegen 10 Uhr bemerkten nun heimkehrende Aufseher, daß Feuer und Rauch durch das Dach des Jouralzimmers drangen. Sie schlugen Alarm und da um jene Zeit noch verchiedene Kutscher auf dem Hofe waren, so ging es schleunigst an die Rettung der Pferde, von denen augenblicklich sich 30 Stück im Stall befanden. Willig folgten die ersten Tiere ihren Führern, doch mit jedem Augenblick wurde die Rettung schwieriger, da der Stallraum nicht nur stark verqualmt war, sondern weil auch brennender Hädel auf die Tiere herabrieselte. Dadurch wurde es äußerst schwierig, an die wie wild um sich schlagenden Tiere heranzukommen. Die mittlerweile erschienene Feuerwehr übernahm dann die Rettung der letzten Pferde, ging aber auch gleichzeitig mit drei Dampfstrahlrohren gegen das Feuer vor und brachte es bald zum Stehen. Der Dachstuhl mit seinem Inhalt wurde eingestürzt. Mehrere Kutscher, die ihre Anzüge in Kisten auf dem Dachboden aufbewahrten, erlitten Verluste, da sie nicht verschickt sind.

Auf dem Bau verunglückt gestern nachmittag der 19 Jahre alte Willy Rosenow aus der Wolgasterstr. 11, der auf dem Grundstück Dorothienstr. 45 arbeitete. Infolge eines Fehltritts stürzte er vom zweiten in den ersten Stock hinab und zog sich einen Beinbruch zu.

Zwei Verschollene, die zuletzt in Berlin wohnten, sollen jetzt für tot erklärt werden. Der eine Fall erinnert an das Verschwinden des Studenten Fiedler, über das in der letzten Zeit mehrfach berichtet wurde. Es handelt sich um einen Studenten Siegfried Behrens, geboren am 28. März 1883 zu Hamburg, der im Jahre 1872 aus seinem damaligen Aufenthaltsort Berlin verschwand und seitdem verschollen ist. Auf Antrag seines Pflegers, des Kaufmanns Martin Philipp Ganz, hat das Amtsgericht Hamburg auf den 13. Februar 1901 einen Aufgebotsstermin anberaumt. — Der zweite Fall betrifft den am 24. März 1842 zu Potsdam geborenen Handarbeiter Karl Adolf Heinrich Feiz, dessen Frau früher in Ludau aufwuchs und jetzt hier wohnt. Der Aufgebotsstermin ist auf den 20. Februar 1901 beim Amtsgericht in Berlin angesetzt worden.

Aus Furcht vor dauernder Verkrüppelung ins Wasser gegangen ist die 33 Jahre alte Frau des Drechslers R. aus der Landsberger Allee. Frau R., die seit sechs Jahren verheiratet und Mutter von zwei Kindern war, hatte als Wädchen das Unglück, schwer zu fallen, und litt seitdem am rechten Bein. Vom 1. Oktober bis zum 1. Februar lag sie im Augustahospital, wo ihr die rechte Anleihe herausgenommen werden mußte. In der letzten Zeit verschlimmerte sich nun auch noch der rechte Fuß und die Frau fürchtete, daß sie ihn müsse abnehmen lassen. Am vergangenen Freitag ging sie von Hause weg. Gestern landete man die Unglückliche als Leiche an der Gasanstalt am Stralauer Platz aus der Spree.

Die Internationale Urania gastiert z. Z. mit dem Dr. Meyerischen Schöpfungs-drama „Vom Anfang der Welt“ am Stadttheater zu Breslau mit großem Erfolge.

Feuerbericht. Mittwochnachmittag wurde die Feuerwehr nach Sophienstr. 8 gerufen, wo in der Fabrik für präparierte Pflanzen von Radmann zwei Arbeiter starke Brandwunden erlitten hatten. Beide, nämlich die unverheirateten Arbeiter Albert Schenter, Auguststraße 92, und Franz Jung, Wienerstr. 24, wollten einen mit Farbe gefüllten Kessel vom Feuer nehmen, wobei die Masse überkochte und beide Personen derart verbrüht, daß sie ins Hedwigs-Krankenhaus gebracht werden mußten. Da Feuer weiter nicht entstanden war, konnte die Wehr sofort wieder abziehen. Vorher hatte sie am Werderschen Markt 9 einen unbedeutenden Brand abzulösen. Dienstagabend ging Müldersdorferstr. 12 und Alt Noabit 134 Wäsche in Flammen auf. Lühovstr. 112 hatten Möbelstücke Feuer gefangen, während Luisen-Platz 11 ein Quantum Öl und Kastanien Allee 27 überglühendes Fett brannte.]

Aus den Nachbarorten.

Zur Lokalliste. Die Vertrauensleute, Mitglieder der Lokalkommissionen und sonstige Parteigenossen in den Vororten und der Umgegend von Berlin, welche Mitteilungen zur Lokalliste zu veröffentlichen haben, werden dringend ersucht, ihre Zusendungen einzig an den Parteigenossen Carl Scholz, Brangelstraße 110, Berlin SO, zu richten. Mitteilungen der erwähnten Art, die der Redaktion des „Vorwärts“ direkt zugehen, werden nicht publiziert, sondern in allen Fällen dem Genossen Scholz zugesandt.

Kommunales aus Nixdorf. Die neue Hundesteuerordnung, die schon mehrfach die städtischen Körperschaften beschäftigt hat, ist immer noch nicht endgültig Geseh geworden. Der Oberpräsident hat seine Zustimmung nur für die Dauer von 6 Monaten gegeben und die endgültige Zustimmung davon ab-

hängig gemacht, daß die Ordnung iter Anlehnung an die Musterordnung, die das Ministerium festgestellt hat, umgearbeitet werde. Der Magistrat hat sich nunmehr dieser Aufgabe unterzogen und wird demnächst das neue Produkt vor die Stadtverordneten bringen. Die seiner Zeit beschlossene Erhöhung des Steuerbetrags auf 15 M. soll nur für dieses Jahr gelten. Für die Zeit vom 1. April 1901 ab ist eine weitere Erhöhung und zwar auf 20 M. vorgesehen.

Das Feuermeldewesen in Nixdorf soll reformiert werden. Infolge Umbaus der Fernsprechanstaltungen können bei Ausbruch von Feuer die Verbindungen mit dem Rathaus in der Nacht nicht mehr hergestellt werden. Auch am Tage hat die Feuermeldung durch den Fernsprecher sich in manchen Fällen als ungeeignet erwiesen, weil die Leitung mechanischen und Witterungseinflüssen ausgesetzt ist. Der Magistrat hat deshalb schon mehrfach mit dem Direktor Polizeipräsidium, Abteilung für Feuerwerk, und dem Pranddirektor Gierberg über die Reinerichtung des Feuermeldewesens in Nixdorf verhandelt. Die genannten Behörden und Personen haben ihre Mitarbeit zugesagt. Voraussetzungen sind das vom Polizeipräsidium nach Nixdorf verlegte Polizeilabel benützt werden dürfen. Die Genehmigung wird davon abhängig gemacht, daß es der Feuerwehrabteilung des Polizeipräsidiums überlassen werde, das Projekt für die Aufstellung der Feuermelder soweit auszuarbeiten, als die Benutzung des Labels in Betracht kommt. Die hierdurch entstehenden Kosten werden auf etwa 350 M. geschätzt. Der Magistrat will die Bereitstellung dieses Betrags für die Ausarbeitung des Projekts bei der Stadtverordneten-Verammlung beantragen.

Von einer Magistratsvorlage an die Stadtverordneten über die unentgeltliche Herabgabe des zum Bau des Teltow-Kanals erforderlichen Geländes in der Gemarkung Nixdorf soll so lange abgesehen werden, bis rechtsverbindliche Erklärungen der beteiligten Grundbesitzer, das erforderliche Terrain unentgeltlich der Stadt abzutreten, vorliegen.

Mit der Einrichtung eines Sönnigartens auf einem städtischen Grundstück hat sich der Magistrat prinzipiell einverstanden erklärt. — Der Antrag eines Unternehmers, ihm die Erlaubnis zum Aufstellen sogenannter Adresspavillons zu geben, wurde abgelehnt.

Schöneberg. Für den Neubau der Gemeindegemeinschaft in der Federstraße hat der Magistrat den Kostenanschlag der Stadtverordneten-Verammlung vorgelegt. — Ebenso ist der Bauplan für das Westgelände der Stadt der Stadtverordneten-Verammlung zur Genehmigung unterbreitet worden. Für die Abführung der Abwässer in die Charlottenburger Kanalisationsleitung pro 1900 hat Schöneberg 109 068,12 M. zu zahlen, 1790,81 M. mehr als angenommen. — Weitere für das Wohl der Stadt von dem Magistrat beschlossene, der Verammlung noch vorzuliegende Anträge beziehen sich auf die Beschaffung eines Desinfektionsapparats für die Desinfektion der Schulen, und soll mit demselben während der Ferien desinfiziert werden. — Von der Erhebung eines Leitzehls an den Schülerbibliotheken soll in diesem Jahr verhandelt werden angenommen werden, um dadurch die Werke den Kindern leichter zugänglich zu machen.

Der Amtsvorsteher als Hausbesitzer. In Pankow petitionierten vor kurzem die Lehrer und Gemeindebeamten um Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses. Sie führten zur Begründung die bekannte und leider unwiederlegbare Thatsache an, daß die Wohnungsmieten, wie überall, so auch in den nördlichen Vororten unerträglich in die Höhe gegangen sind. Die Gemeindevertretung lehnte das Gesuch ab, und führte als Grund für ihr Verhalten an, daß ja auch ein Sinken der Mietpreise für die nächste Zukunft nicht ausgeschlossen sei. Diese Stellung der Gemeindevertretung wurde, wenn wir nicht irren, auch von dem Amtsvorsteher des Orts, Herrn Gottschall gebilligt. Wie sehr die petitionierenden Lehrer aber democh Recht haben, und wie wenig die Hoffnung der Gemeindevertretung begründet ist, dafür hat der Amtsvorsteher dieser Lage selber ein augenfälliges Beispiel gegeben. In der Breitenstraße 24 sieht ein für den Abbruch reifes Hinterhaus, in welchem sich Wohnungen, bestehend aus Stube, Kammer und Küche befinden; das Klosett liegt auf dem Hofe. Gasbeleuchtung giebt es im Hause nicht, und unter Gewahrdamm wäre fast gestürzt, als er neulich abends um 9 Uhr die unbeluchtete Treppe hinaufstappen mußte. Dies Haus gehört dem Herrn Amtsvorsteher Gottschall zu eigen. Bis vor Jahresfrist wurden die hier beschriebenen Wohnungen für 144 M. jährlich vermietet. Nachdem das Grundstück dann in den Besitz des Amtsvorstehers übergegangen war, erfolgte eine Steigerung auf 207 M. Vor einigen Tagen erhielten etliche Mieter des Hauses abermals den bekannten Eingekleideten, in welchem ihnen angekündigt wurde, daß die Wohnungen vom 1. Oktober ab dreihundert Mark kosten sollen. Das bedeutet also binnen Jahresfrist eine Mietsteigerung um über 100 Prozent.

Wir glauben, daß die Lehrer und Gemeindebeamten unseres Vororts Pankow gut thun, es nunmehr abermals mit einer Petition um Erhöhung des Wohnungsgeld-Zuschusses zu versuchen. Sie werden angesichts der hier mitgeteilten Thatsachen dann ganz gewiß keinen eifrigeren Verfechter für ihre Forderung finden, als den Amtsvorsteher selber und mit seiner Hilfe ohne Frage ihr Ziel erreichen. Auch wird in Anbetracht der erfolgten Mietsteigerungen zu erwarten sein, daß niemand energischer als Herr Gottschall dem in Pankower Honoratorkreisen üblichen Gerede über Arbeiterbegehrlichkeit entgegentritt.

Pankow. Die Gemeindevertretung beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit dem vom sozialdemokratischen Arbeiter-Verein gestellten Antrag, betreffend die direkte Einlassung der Steuern und Abgaben. Genosse Ringen-berg begründete den Antrag mit dem Hinweis auf die räumliche Ausdehnung des Orts und dem Zeitverlust, den die Steuerzahler bei Entrichtung der Steuern haben; auch führte er aus, daß der Raum, in welchem das Kassensystem untergebracht ist, völlig ungenügend sei. Bei Ablehnung dieses Antrags müßte aber wenigstens der Unterantrag, den mit der Mahnung betrauten Beamten zu ermächtigen, Steuern in Empfang zu nehmen, angenommen werden. Nach längerer Debatte, in welcher besonders hervorgehoben wurde, daß hinfür dann noch mehr Beamte eingestellt werden müßten, wurde der Antrag abgelehnt, dagegen der Unterantrag angenommen.

Ein weiterer Antrag des genannten Vereins, die Errichtung einer Volksbibliothek im Orte betreffend, wurde mit denen Hinweis auf die unentgeltliche, von der Gemeinde subventionierte Bibliothek des Bürgervereins abgelehnt. Diese Bibliothek ist in einem Zigarrengeschäft untergebracht; in den Statuten des Vereins wird hervorgehoben, daß bei event. Auflösung des Vereins die Bibliothek der Gemeinde zufällt. Trotzdem wurde in der Debatte behauptet, daß die Bibliothek der Gemeinde gehört.

Auf eine Anfrage, wie weit die Vorarbeiten, betreffend die Erhebung einer Grundwertsteuer gegeben seien, wurde den Fragestellern der Bescheid, daß diese Erhebungen nahezu beendet sind, und der Gegenstand nächstens auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Der verhaftete Arbeiter Krause, der unter dem Verdachte stand, den Stuttger Glucke aus Tetschendorf im Walde bei Hermsdorf ermordet und beraubt zu haben, hat sein Alibi nachgewiesen und dürfte aus der Untersuchung entlassen werden.

Für den Bau der neuen Bahn Nixdorf-Mittenwalde sind jetzt zwischen Nixdorf und Briz die Arbeiten in vollem Gange und bereits sehr weit vorgeschritten. Von Briz führt die Bahn über Bindow, Rudow, Groß-Ziethen usw. nach Mittenwalde. Die Bevölkerung der in Betracht kommenden Ortschaften knüpft große Hoffnungen an die Bahn.

Neu-Weiskensee. Die hiesigen Grundbesitzer-Vereine haben den Boden zu „gemeinsamer Arbeit“ gefunden. Die grimmige Fehde von früher ist vergessenen, der überzogene Gedanke von der hehren „Mission“ eines Gauspachas hält die „Geister“ gefesselt und feiert seine Triumphe. Nach gemeinsam gefassten Beschlüssen soll niemand eine Wohnung mehr erhalten, der nicht sein

Quittungsbuch über richtig gezahlte Miete, sowie die letzte Steuerquittung vorlegen kann. Man will das Gemeinwesen von Elementen säubern, die nicht zum Wohl desselben beitragen, sondern ihren Mitbürgern zur Last fallen!

Die treibende Kraft zu diesen Beschlüssen kann wesentlich nur die Ueberzeugung dieser Leute von der Unentbehrlichkeit ihres Standes gewesen sein. Auf den Gedanken, daß diejenigen, welche man obdachlos machen will, durch ihrer Hände Arbeit, von Ausnahmen abgesehen, unendlich mehr zum Wohle der Gesamtheit beitragen, als ein, seine Mieten müßlos einforderer Hausbesitzer, dieser Gedanke dürfte diesen Leuten bei ihrer „höheren sozialpolitischen Einsicht“ noch nicht gekommen sein. Für die aufgeliarte Arbeiterschaft ein Ansporn mehr, durch Agitation auf die Beseitigung einer Gesellschaftsordnung hinzuwirken, in der Schmaroger als edle Triebe am Volkstörper betrachtet werden.

Ueber das Elend einer Landarbeiterfamilie in der näheren Umgebung von Berlin wird hiesigen Blättern als vollkommen verhängt folgender Vorgang mitgeteilt: Die Familie Witt, bestehend aus Mann, Frau und sieben Kindern (sämtlich unter 14 Jahren) zog vor 9 Monaten von Spandau nach der königl. Domäne Kuhlleben (Wächterin Ober-Amtmannswitwe Fritsche) als „Jusleute“ in Dienst. Bei freier Wohnung in einem alten Hause erhielt der Mann 2 M. Lohn täglich; auch die Frau arbeitete gegen Bezahlung mit. Mehrere Monate lag diese aber an einem Beinbanden in einem Krankenhaus. Der Wächterin genügt deshalb die Arbeitskräfte der Familie nicht mehr und sie kündigte ihr am 15. Mai auf den 15. Juni. In diesem Tage wurde die Familie mit ihren jammervoll bedürftigen Habsgelassen aus der Wohnung gebracht. Da der Mann trotz vieler Mühe ein andres Unterkommen nicht hatte finden können, so lagerten sich die obdachlos gewordenen neun Personen unter freiem Himmel bei stürzendem Regen an dem vorüberfließenden Eisgraben. Von andren Personen wurde der Ortsgendarm auf das Elend der Familie aufmerksam gemacht, und der Beamte brachte sie dann in dem Amtsgelände unter. Hier haustern die neun Menschen acht volle Tage auf Strohsäcken; Rohrnahrungsmittel besaßen sie fast nicht. Offiziersfamilien aus der benachbarten Kaserne der Schießschule sorgten dafür, daß die Kinder warmes Essen erhielten. Am neunten Tage wurde die Familie im Armenhause der Stadt Spandau aufgenommen. Der Mann hat auch alsbald in der Stadt Arbeit gefunden.

Aus Johannisthal wird uns berichtet: Ein heftiger Streit ist unter den Frommen unsres Orts entbrannt. Eine kleine Minderheit verlangte in der letzten Sitzung der Kirchengemeinde die Anstellung eines besonderen Geistlichen für Johannisthal, während die Mehrheit es bei dem bisherigen Zustand belassen will, wonach der Pastor aus Rudow hier den Gottesdienst abhält. Die Minorität sucht den Umstand, daß die Kinder zum Konfirmandenunterricht nach Rudow gehen müssen, für ihre Zwecke auszunutzen, obgleich man es für selbstverständlich halten sollte, daß der Geistliche seinen Unterricht in Johannisthal erteilt. Die Mehrheit weist dem gegenüber mit Recht darauf hin, daß die Anstellung eines besonderen Seelenhirten eine Erhöhung des Gemeindesteuersatzes von 150 auf 160 Proz. zur Folge haben würde, und daß es dann doch zunächst einmal notwendig sei, die überaus traurigen Schulzustände zu beseitigen. Wie arg es hiermit steht, beweist der Umstand, daß der Lehrer der dritten Klasse 83 Kinder, 41 Knaben und 42 Mädchen zugleich unterrichten muß.

Vermischtes.

Zum Aufstieg des Zepplins Luftschiffs. Aus sicherer Quelle erfahren die „Münd. R. Nachr.“, daß General Graf Zepplin bestimmt beabsichtigt, den ersten Aufstieg mit seinem lenkbaren Luftschiff noch vor Ende des laufenden Monats zu unternehmen. Da dies aber immerhin von den Witterungsverhältnissen abhängt, so ist der Tag des ersten Aufstiegs noch nicht genau bestimmt und kann wohl überhaupt nur ganz kurz zuvor bekannt gegeben werden. Am Tage des Aufstiegs sollen von den verschiedenen größeren Hafenplätzen Extra-Dampfboote die Schaulustigen nach der Mangelser Ducht befördern, von der aus der Aufstieg erfolgt. In dem am nächsten gelegenen Hafenplatz Friedrichshafen sollen dem Vernehmen nach schon jetzt alle verfügbaren Wohnungen besetzt sein.

In Hörde ruft der Selbstmord des Hauptkassierers „des Förder Bergwerks“ und „Güttenbergs“, Hermann Kunze, großes Aufsehen hervor. Es werden hierzu folgende Einzelheiten bekannt: Während Kunzes Frau den Markt in Dortmund besuchte, erhängte er sich im Keller des von ihm bewohnten Hauses. A. wurde vor einigen Tagen, ohne daß seine Frau eine Ahnung hiervon hatte, aus seiner Stellung entlassen, weil sich bei einer unvermutet vorgenommenen Revision der von ihm verwalteten Kasse Unregelmäßigkeiten herausgestellt haben sollen. Er wurde infolgedessen aufgefördert, die Bücher vorzulegen und Abrechnung zu halten. Als A. vernicht wurde, hielt die Frau Nachforschungen nach seinem Verbleib, und fand schließlich im Keller seine Leiche auf. A. lebte in guten Verhältnissen, doch soll er durch verkehrte Börsenspekulation in letzter Zeit in eine mißliche Lage geraten sein.

Großartige Ausdeutung der Sonnenfinsternis. Es ist so gekommen, wie man es erwartet hatte: die Pankees Torrigieren die Natur. Die letzte Sonnenfinsternis hat in dem erfindungsreichen Gehirn der Amerikaner staunenerregende Ideen gezeitigt. Es wurde bekanntlich vielfach beobachtet, daß während der Verfinsternung der Sonne das Geflügel sich sehr unruhig zeigte. Die Hühner krüppelten auf die Hühnerstange, weil sie der unvernünftigen Ansicht waren, daß die Nacht hereingebrochen sei, und als dann die Finsternis vorüber war, kamen sie wieder herunter und legten in ihrem Unverständnis am heißen Nachmittag Eier, weil sie glaubten, daß soeben der Morgen angebrochen sei. Diese Beobachtung genügt, um die Phantasie eines amerikanischen Journalisten zu herrlichen Thaten zu begeistern. Er erzählt, daß in Georgia und Alabama die Farmer durch das hocherfreuliche doppelte Eierlegen der Hühner am Sonnenfinsternis-Tage auf die Idee gebracht worden seien, jetzt jeden Tag für die Hühner eine künstliche Nacht zu schaffen. Man jagt die Hühner in die Hühnerställe, schließt diese so fest zu, daß kein Lichtschein hindringt, und wenn das dünne Huhn dann wieder ans Licht kommt, legt es außer dem morgendlichen noch ein nachmittägliches Ei.

Eingegangene Druckchriften.

Deutscher Viederseh. Zusammengeheft von Karl Weise, Lehrer in Berlin. Verlag von A. Anton u. Co. (Paul Weise) in Berlin. Preis 20 Pf.

Briefkasten der Expedition.

Otterbein. Für das August-Victoria-Heim und das Landhaus zu Oberwalde sind drei Exemplare ebenfalls für die Zeitstätte am Grabowsee überweisen. Warum sollte der „Vorwärts“ dort nicht gelesen werden dürfen?

Witterungsübersicht vom 27. Juni 1900, morgen 8 Uhr.

Stationen	Barometer hamb. mm	Wind- richtung	Wolken- bedeckung	Temp. u. G. u. G. °C	Stationen	Barometer hamb. mm	Wind- richtung	Wolken- bedeckung	Temp. u. G. u. G. °C
Eintriede	753	still	—	15	Sapavanda	757	still	—	15
Hamburg	754	SW	3 bedekt	14	Petersburg	755	SW	1 wolkenl	17
Berlin	752	SW	4 Regen	13	Kort	765	SW	1 bedekt	13
Kranf./R.	750	SW	4 bedekt	14	Aberdeen	763	SW	3 Regen	13
Wien	751	SW	7 bedekt	12	Wars	764	SW	1 wolkenl	14
Wien	750	SW	3 heiter	14					

Weiter-Propaganda für Donnerstag, den 28. Juni 1900.
Etwas wärmer, zeitweise heiter, aber noch veränderlich mit geringen Regenschauern und mäßigen südwestlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.